



FRAUENPOLITIK 2014 DOKUMENTATION



Beschlüsse des LFR-Delegiertentages Mai 2014

Kommunalwahl 25. Mai 2014 - Nachlese

Reform des Landtagswahlrechts

Stimmen aus LFR-Mitgliedsverbänden

Frauen in Parlamenten weltweit

Dokumentation: „Wie wir selbstbestimmt altern ...“

Kampagne: Für eine Gesellschaft ohne Prostitution



landesfrauenrat

Baden-Württemberg

Herausgeberin: Landesfrauenrat Baden-Württemberg www.landesfrauenrat-bw.de

INHALT

3

Vorwort: Manuela Rukavina

4 f

Gender Mainstreaming, Akzeptanz sexueller Vielfalt

Beschluss des LFR-Delegiertentags vom 16. Mai 2014

17. Mai Internationaler Tag gegen Homophobie – Pressemitteilungen

6 ff

Kommunalwahlen 25. Mai 2014

Frauenanteile in den neu gewählten Kommunalparlamenten

Soll-Parität auf Kandidaturlisten – Reaktionen

Andere Bundesländer

Blick nach Frankreich

12 ff

Reform des Landtagswahlrechts

Landtagsveranstaltung 19. März 2014

Aus der Presseberichterstattung

15

Paritédiskussion auf Bundesebene

Bericht von Dorothea Maisch

16 f

Stimmen aus LFR-Mitgliedsverbänden

Wahl-Nachlese und Ausblick

– Frauen Union der CDU

– Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

18 f

Frauen in Parlamenten weltweit

Afrika

20 ff **DOKUMENTATION**

Schwerpunkt: Seniorinnenpolitik

Beschluss des LFR-Delegiertentags vom 16. Mai 2014

LFR-Veranstaltung „Wie wir selbstbestimmt altern ...“

Hintergrundinformationen, Materialien, Hinweise

38 f

Kampagne: Für eine Gesellschaft ohne Prostitution

EU-Parlament setzt Zeichen für Freierbestrafung

Ministerin Altpeter geht voran für Freierbestrafung

Bundesregierung: Stillstand bei Gesetzesnovellierung?

40 **Globaler Gipfel gegen sexualisierte Kriegsgewalt**

Impressum

Publikation des Landesfrauenrats

Juni 2014, Herausgeberin:

Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Gymnasiumstr. 43, 70174 Stuttgart

Tel 0711-621135

Redaktion:

Claudia Sünder (verantw.)

Anita Wiese

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind von der Redaktion erstellt.

Fotos:

Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Druck:

Rudolf-Sophien-Stift gGmbH, Stuttgart

Diese Publikation gibt es auch zum kostenlosen Herunterladen im Internet unter www.landesfrauenrat-bw.de



Liebe Leserinnen,

endlich Sommer!

Alles grünt, die Erdbeeren und Kirschen schmecken herrlich, der blaue Himmel muntert auf – und die Sonne wärmt, erhitzt und macht Schwitzen salonfähig. Die Welt scheint sich ein wenig gemächlicher zu drehen, weil man sich wegen der sommerlichen Temperaturen häufiger im Standby-Modus fühlt. Jede Abkühlung ist willkommen und benötigt.

Warum ich im Rundbrief des Landesfrauenrats mit einer sommerlichen Beschreibung starte? Ganz einfach: weil wir aktuell ein sehr hitziges Thema – nämlich die politische Partizipation und Repräsentanz von Frauen – auf der Agenda haben; weil wir schweißtreibende Diskussionen dazu zu führen und daran richtig zu „schaffen“ haben. Und das bei sommerlichen Temperaturen. Das ist insofern hilfreich, als dass die Sonne einem gute Laune und Zuversicht geben kann, sowie die Hitze temperamentvolle Menschen wie mich vor zu viel Aufregung und „Hochdrehen“ bewahrt.

So betrachtet ist es der perfekte Zeitpunkt, um die Auswertung der Kommunalwahlen zu beginnen. Sie erinnern sich: die Politik hatte lediglich eine zahnlose Soll-Bestimmung (zahnlos, weil ohne Sanktionen) für die paritätische Besetzung der Kandidierenden-Listen beschlossen.

Nun wurde also gewählt und das Ländle kann lediglich maue Mini-Erfolge verzeichnen:

1,9% mehr Frauen in den Gemeinderäten – bei gerade mal 23,9% Frauenanteil insgesamt.

Soll-Parität auf Kandidaturlisten sieht für Parteien und Wählervereinigungen derzeit so aus:

41 447 Männer zu 18 201 Frauen, ein Verhältnis von 2,3:1 (und nicht 1:1).

Die ausführlichen Analysen, Zahlen und die Namen der 22 Gemeinden mit 100% Männeranteil finden Sie in diesem Heft ab Seite 6.

Der zweite Schwerpunkt dieses Rundbriefs ist das Thema unseres letzten Fachtages „Wie wir selbstbestimmt altern“ – ein Thema, das zumindest in der Forschung aus Gender-Gesichtspunkten nicht allzu präsent bearbeitet wird.

Deshalb haben wir Frau Dr. Martina Wolfinger eingeladen und erfahren, warum Frauen mit dem Alter(n) unsichtbar werden. Danach haben wir „heiß“ und kräftig diskutiert, Erwartungen formuliert und Ideen gesammelt. Zusammengekommen ist eine Dokumentation der Ansätze, die für uns zum Älterwerden dazu gehören und zwar in allen Alterskohorten – denn Frau ist ja nicht plötzlich und über Nacht alt.

Und noch ein hitzig diskutiertes Thema beschäftigt uns: „Für eine Gesellschaft ohne Prostitution“.

Wie Sie wissen setzt sich der LFR seit geraumer Zeit stark für ein Modell nach schwedischem Vorbild ein. Hier haben wir nun glücklicherweise unsere Frauenministerin Katrin Altpeter auf unserer Seite, die sich hierzu klar positioniert hat. Lesen Sie mehr dazu ab Seite 38.

Nun bleibt mir noch, Sie zu ermuntern, sich ein Kaltgetränk Ihrer Wahl zu nehmen, ein schattiges Plätzchen zum Lesen des Ihnen vorliegenden Rundbriefs zu suchen und Ihnen einen schönen Sommer zu wünschen – in dem Sie hoffentlich viel Kraft und Zuversicht tanken können!

Denn: wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten wollen, dass sich die 52% wahlberechtigten Frauen ordentlich in unserer repräsentativen Demokratie widerfinden sollen, brauchen wir viele kraftvolle Frauen, die sich auch vor hitzigen Themen nicht scheuen!

In diesem Sinne,
Ihre Manuela Rukavina

LFR-DELEGIERTENVERSAMMLUNG 16. MAI 2014

RESOLUTION

- **Gender Mainstreaming ist notwendiges Instrument für die Entwicklung demokratischer Geschlechterverhältnisse**
- **Akzeptanz sexueller Vielfalt und geschlechtlicher Identität**

Beschlossen von der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrats am 16. Mai 2014 in Stuttgart

Mit Empörung stellt der Dachverband der Frauenverbände des Landes fest, dass die Veranstalter der aktuellen Protestaktionen gegen die Bildungspläne Baden-Württemberg mit ihrem Angriff zugleich auf Errungenschaften der Frauen- und Emanzipationsbewegung zielen und auf einen Kern europäischer Gleichstellungspolitik.

Durch die sprachliche Verbindung der Strategie der Geschlechtergerechtigkeit mit einer „Sexualisierung“ von Kindern werden antifeministische Ressentiments, antieuropäische Strömungen und diffuse Ängste vor früher kindlicher Sexualität verknüpft:

Das Europäische Konzept des Gender Mainstreaming, Frauenbewegung und Aufklärung werden hier zum Feind der Vater-Mutter-Kind-Familie erklärt, sie gefährdeten den vermeintlich letzten geschützten Raum für das Aufwachsen von Kindern.

Wir sehen in der Verbreitung derartigen Gedanken-„Guts“ eine große Gefahr für die Entwicklung einer demokratischen, aufgeklärten und geschlechtergerechten BürgerInnengesellschaft. Demonstrationen gegen den Bildungsplan 2015 dienen rückwärtsgewandten Parteien und Strömungen offenbar auch als Katalysator für eine antifeministische Mobilisierung und sind vor der Europa-Wahl möglicherweise auch Teil eines parteipolitischen Kalküls.

Dem muss in Worten und Taten – durch die Medien, die gesellschaftlichen Organisationen und die Landesregierung – deutlich begegnet werden.

Wir fordern insbesondere die Landesregierung und die großen gesellschaftlichen Organisationen im Land auf, das Prinzip des Gender Mainstreaming deutlich zu vertreten und sichtbar umzusetzen.

Wir erinnern daran, dass die Europäische Union Gender Mainstreaming 1997 im Amsterdamer Vertrag als verbindliche Aufgabe für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union festschrieb.

Sie definierte:

„Gender-Mainstreaming bedeutet, dass in allen Phasen des politischen Prozesses – Planung, Durchführung, Monitoring und Evaluation – der Geschlechterperspektive Rechnung getragen wird. Ziel ist die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Nach dem Gender-Mainstreaming-Konzept sind politische Maßnahmen stets daraufhin zu prüfen, wie sie sich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken, und gegebenenfalls neu zu überdenken. Nur so kann Geschlechtergleichstellung zu einer Realität im Leben von Frauen und Männern werden.“

Wir erinnern die Landesregierung an ihre von ihren Vorgängerregierungen übernommene Selbstverpflichtung zur Implementierung von Gender Mainstreaming in der baden-württembergischen Landesverwaltung (aus 2002). Ministerien und die anderen Landesbehörden sind verpflichtet, im Rahmen ihrer fachlichen Arbeit den auf Chancengleichheit abzielenden Ansatz des Gender Mainstreaming umzusetzen. Dies betrifft auch die Bildungspolitik. Europa ist gerade in Deutschland ein Motor für Gleichstellungspolitik. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament müssen alle demokratischen Kräfte dies deutlich und laut sagen.

Politik für die Akzeptanz geschlechtlicher Identität, sexueller Vielfalt und für gleiche Rechte

Der Landesfrauenrat spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass Staat und staatliche Bildungspolitik die gesellschaftliche Akzeptanz sexueller Vielfalt befördern. Kinder und Jugendliche haben bei der Entwicklung ihrer eigenen sexuellen Identität und ihren Vorstellungen von Familien ein Recht auf vorurteilsfreie Information und auf ein pädagogisches Umfeld in der Schule, das ihre emotionale Sicherheit stärkt.

Schule muss dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche einen vorurteilsfreien Umgang mit der eigenen und anderen sexuellen Identitäten entwickeln und Stereotype von Geschlechterrollen kritisch hinterfragen können.

Bildung muss eine geschlechtersensible Sexualaufklärung für alle Mädchen und Jungen selbstverständlich enthalten.

In den Unterricht an den allgemeinbildenden Schulen des Landes und in die Bildungspläne gehören deshalb die Themenfelder biologisches Geschlecht, historisch/gesellschaftlich definierte Geschlechterrollen und auch die Strategie des Gender Mainstreaming.

Lehrkräfte an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen müssen dazu entsprechend in ihrer Ausbildung und ihrer beruflichen Weiterqualifizierung befähigt werden.

Literatur-Tipp

Andreas Kemper; Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung: in <http://library.fes.de/>

Auch in ZEIT-online – vom 15.04.2014 warnen Andreas Kemper und Roland Sieber vor der AfD als antifeministischer und homophober Kraft

„(...) Die sehr deutlichen Antworten der Mitgliederbefragung zu geschlechterpolitischen Themen gegen Gender-Mainstreaming und Gleichstellungspolitik machen deutlich, dass offensichtlich auch die Parteibasis antifeministisch und heteronormativ eingestellt ist. (...) Die radikale Kritik an jeder Form von Gleichstellungspolitik, von der AfD als „Genderismus“ diffamiert, könnte zum dritten Markenzeichen der Partei avancieren. (...) Ein neues aber dazu passendes Phänomen sind die als antifeministisch und mindestens latent homophob einzuschätzenden Demonstrationen gegen den Bildungsplan 2015 der grün-roten Landesregierung in Stuttgart, an denen die AfD maßgeblich beteiligt ist.“

Quelle: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/04/15/die-afd-als-antifeministische-und-homophobe-kraft_15682

17. MAI 2014 - INTERNATIONALER TAG GEGEN HOMOPHOBIE UND TRANSPHOBIE

Landesfrauenrat für die Akzeptanz geschlechtlicher Identität, sexueller Vielfalt und für gleiche Rechte.

Gender Mainstreaming als notwendiges Instrument für die Entwicklung demokratischer Geschlechterverhältnisse.

Zum Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie am 17. Mai weist der Landesfrauenrat Baden-Württemberg auf "besorgniserregende Anzeichen" für eine tiefe Abneigung gegen Vielfalt hin. Schwulen- und lesbenfeindliche Tendenzen in vielen Bereichen der Gesellschaft müsse auch durch eine Politik für die Akzeptanz geschlechtlicher Identität, sexueller Vielfalt und für gleiche Rechte begegnet werden, so die Vorsitzende Angelika Klingel.

Der Dachverband von 51 Frauenverbänden im Land spricht sich in seiner am heutigen Freitag beschlossenen Resolution ausdrücklich dafür aus, dass Staat und staatliche Bildungspolitik die gesellschaftliche Akzeptanz sexueller Vielfalt befördern. Aber auch große freie Bildungsträger seien dazu aufgefordert.

„Kinder und Jugendliche haben bei der Entwicklung ihrer eigenen Identität und ihren Vorstellungen von Familien ein Recht auf vorurteilsfreie Information und auf ein pädagogisches Umfeld in der

Schule, das ihre emotionale Sicherheit stärkt“, heißt es im Beschluss der Frauenverbände. Ausdrücklich bekräftigt der Landesfrauenrat die Landesregierung in ihrem Bestreben, die Themenfelder biologisches Geschlecht, historisch/gesellschaftlich definierte Geschlechterrollen und auch die Strategie des Gender Mainstreaming in den Lehrplänen zu verankern.

Mit großer Sorge stellt der Dachverband der Frauenverbände des Landes fest, dass die Veranstalter der Protestaktionen gegen die Bildungspläne Baden-Württemberg mit ihrem Angriff zugleich auf Errungenschaften der Frauen- und Emanzipationsbewegung zielen und auf einen Kern europäischer Gleichstellungspolitik. Diese Gruppierungen verknüpften antifeministische Ressentiments, antieuropäische Strömungen mit diffusen Ängsten vor früher kindlicher Sexualität.

Nachdrücklich weist der Dachverband der Frauenverbände darauf hin: „Die europäische Strategie des Gender

Mainstreaming ist notwendiges Instrument für die Entwicklung demokratischer Geschlechterverhältnisse. Europa ist für Deutschland ein Motor der Gleichstellungspolitik. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament muss dies deutlich und laut gesagt werden“.

Pressemitteilung des Landesfrauenrats 16.05.2014

Der Vorstand des Landesfrauenrates hat die Resolution des LFR-Delegiertentages an die zuständigen Ministerien und an die Landtagsfraktionen weitergeleitet. In seinem Begleitschreiben hat der LFR die Landesregierung ausdrücklich ermutigt, an dem Kurs des Gender Mainstreaming und dem Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte festzuhalten.

Die Landesregierung kann dabei auf die aktive Unterstützung der Frauenverbände rechnen.

Sozialministerium und Integrationsministerium Baden-Württemberg zum Tag gegen Homophobie

Anlässlich des Tags gegen Homophobie erklärten Sozialministerin Katrin Altpeter und Integrationsministerin Bilkay Öney: „Die baden-württembergische Landesregierung setzt sich für eine diskriminierungs- und angstfreie Gesellschaft ein, in der Homophobie keinen Platz hat. Wir werden weiterhin engagiert daran arbeiten, dass es in unserem Land eine tatsächliche Gleichstellung lesbischer, schwuler, bisexueller, transgender, transsexueller, intersexueller und queerer Menschen gibt.“ Auch wenn durch Medienberichte über homosexuelle Menschen bei einem Teil der Bevölkerung der Eindruck entstanden sei, dass es in Deutschland längst eine umfassende Gleichstellung gäbe, erlebten viele Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität noch oft Ablehnung und Feindseligkeiten. Auch ihre Angehörigen und Familien würden oft unter Diskriminierungen leiden. Mit Blick auf die diesjährige ESC-Gewin-

nerin sagte Ministerin Altpeter: „Vor ein paar Jahren wäre der Sieg von Conchita Wurst nicht möglich gewesen. Insofern ist ihre Wahl ein deutliches Zeichen für die steigende Akzeptanz verschiedener sexueller Identitäten in unserer Gesellschaft. Ministerin Öney ergänzte: „Gleichzeitig zeigen die vielen hasserfüllten Kommentare im Internet, wie intolerant und gewaltbereit leider immer noch viele Menschen gegenüber Schwulen und Lesben sind. Mir ist Homophobie nicht Wurst.“

Ministerin Altpeter wies darauf hin, dass unter der Federführung des Sozialministeriums gemeinsam mit allen Ressorts zurzeit der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte in Baden-Württemberg“ erarbeitet wird. Ziel ist es, nach wie vor bestehende Diskriminierungen in der Gesellschaft aufzudecken und konkrete Maßnahmen festzulegen, um diese abzubauen. Er soll im Frühjahr 2015 vom

Kabinett beschlossen werden. Parallel zu vier Beteiligungsworkshops fand eine Onlinebefragung zur Lebenssituation lesbischer, schwuler, bisexueller, transsexueller, transgender, intersexueller und queerer Menschen (LSBTTIQ) in Baden-Württemberg statt.

Die Integrationsministerin betonte, dass Migrantinnen und Migranten oft aus mehreren Gründen diskriminiert werden. „Unsere Aufgabe ist es, die Menschen im Land für alle Formen von Doppelstigmatisierung zu sensibilisieren. Da die von Ausgrenzung Betroffenen häufig ihre Rechte nicht kennen, arbeiten Sozial- und Integrationsministerium gemeinsam an Aufklärungsangeboten.“ Ein Beispiel ist die zeitnahe Herausgabe einer Broschüre zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.

Quelle: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren BW
Pressemitteilung 15.05.2014

NACHLESE: KOMMUNALWAHL 25. MAI 2014

Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg: geringer Anstieg des Frauenanteils - doch Frauen weiter vielerorts „Einzelkämpferinnen“

Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichten vorläufigen Ergebnisse¹ zeigen: Um insgesamt rd. 2 % stieg der Frauenanteil in den 1101 Gemeinderäten Baden-Württembergs. Zu den Gemeinderatswahlen am 25. Mai 2014 bewarben sich in Baden-Württemberg insgesamt 59 648 Personen, darunter waren 18 201 Frauen. Gegenüber den Gemeinderatswahlen 2009 stieg somit der Frauenanteil unter den Kandidierenden von 28,7 Prozent auf 30,5 Prozent (+1,8 Prozentpunkte).

4 475 Frauen wurden insgesamt gewählt. 2009 waren es 4 179. Unter den insgesamt 18 745 Gemeinderatsmitgliedern² stellen Frauen nun 23,87 %. 2009 betrug ihr Anteil 21,97 %.

¹ Zahlenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Die Daten für alle Gemeinden und Landkreise sind abrufbar unter: http://statistik-bw.de/Wahlen/Kommunalwahlen_2014/

² Verhältniswahl und Mehrheitswahl zusammenge-rechnet.

In 22 der 1101 Gemeinden gibt es keine Frau im Gemeinderat. Dies sind folgende Gemeinden: Zweiflingen, Boxberg Stadt, Mudau, Wörnersberg, Egesheim, Mühlingen, Aitern, Hausen im Wiesental, Lottstetten, Grafenberg, Jungingen, Breitingen, Grundsheim, Unterstadion, Alleshausen, Allmannsweiler, Betzenweiler, Moosburg, Oggelshausen, Tiefenbach, Ostrach, Herdwangen-Schönach.

Teilweise – z.B. in Boxberg – standen gar keine Frauen auf der einen gemeinsamen Liste.

In rd. 47 % der Gemeinderäte Baden-Württembergs haben Frauen schon zahlenmäßig einen schweren Stand: Einzelkämpferinnen sind Frauen in 108 Gemeinden, lediglich zu Zweit oder zu Dritt finden sich Frauen in 409 Gemeinderäten.

In ebenfalls rd. 47 % (515) der Gemeinden gibt es 4 bis 9 Frauen im Gemeinderat. Mindestens 10 Frauen gibt es in 47 Gemeinderäten.

Bei den absoluten Zahlen ist Spitzenreiter mit 21 Frauen der Gemeinderat Stuttgart, gefolgt von Ulm mit 19 Frauen, Schwäbisch Gmünd und Tübingen mit jeweils 18

Frauen, 17 Frauen gehören dem Gemeinderat von Aalen an.

Bei den Anteilen sind die fünf Spitzenreiter: Ulm mit 47,5 %, Schwäbisch Gmünd und Tübingen mit jeweils 45 % Frauen, Aalen mit 41,5%, Stuttgart mit 35 %.

Kreistagswahlen Baden-Württemberg 2014: Anstieg um 2,9 %

Nach den vorläufigen Ergebnissen der **Kreistagswahlen** 2014 lag der Anteil der Frauen an den Kandidaturen landesweit bei 30,2 Prozent. Von den insgesamt 14 701 Bewerberinnen und Bewerber waren 4 447 Frauen. Gegenüber der Kreistagswahlen 2009 bedeutet dies eine Zunahme weiblicher Kandidaturen um 3,4 Prozentpunkte.

Unter den 2 228 neu gewählten Kreisräten sind 422 Frauen (bei den Kreistagswahlen fand ausschließlich Verhältniswahl statt). Ihr Anteil ist damit gegenüber 2009 um 2,9 Prozentpunkte auf 18,9 Prozent gestiegen.

Kreistagswahlen Baden-Württemberg 2014

Landkreis; Plätze im Kreistag insg. (in Klammern Vergleichszahlen 2009)	davon Frauen		Frauen nach Parteien/ WählerInnenvereinigungen (WV) abs.	Wahlbeteiligung insgs. in v.H.
	abs.	in v.H.		
Alb-Donau-Kreis 59 (62)	11 (9)	18,6 (14,5)	4 CDU, 1 SPD, 3 Grüne, 3 WV	55,7
Biberach 59 (60)	10 (8)	16,9 (13,3)	3 CDU, 2 SPD, 5 WV (dar. 4 „Frauen in den Kreistag“)	52,2
Breisgau-Hochschwarzwald 69 (69)	16 (12)	23,2 (17,4)	3 CDU, 3 SPD, 1 FDP, 7 Grüne, 2 WV	54,6
Böblingen 84 (78)	21 (17)	25,0 (21,8)	5 CDU, 3 SPD, 1 FDP, 4 Grüne, 1 And., 7 WV (dar. 2 Frauenliste)	49,1
Bodenseekreis 58 (62)	8 (11)	13,8 (17,7)	1 CDU, 1 SPD, 1 FDP, 2 Grüne, 3 WV	51,9
Calw 47 (53)	7 (7)	14,9 (13,2)	2 CDU, 2 SPD, 1 Grüne, 1 FDP, 1 WV	48,3
Emmendingen 52 (48)	10 (8)	19,2 (16,7)	4 SPD, 5 Grüne, 1 WV	51,5
Esslingen 96 (100)	21 (17)	21,9 (17,0)	4 CDU, 5 SPD, 8 Grüne, 4 WV	49,7
Enzkreis 55 (56)	7 (8)	12,7 (14,3)	1 CDU, 3 SPD, 3 Grüne	50,4
Göppingen 63 (65)	19 (12)	30,2 (18,5)	4 CDU, 5 SPD, 6 Grüne, 1 FDP, 3 WV	47
Heidenheim 47 (44)	3 (3)	6,4 (6,8)	1 CDU, 2 gem. Wahlvorsch.	43,8

KREISTAGSWAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG 2014

Landkreis; Plätze im Kreistag insg. (in Klammern Vergleichszahlen 2009)	davon Frauen		Frauen nach Parteien/ WählerInnenvereinigungen (WV) abs.	Wahlbeteili- gung insgs. in v.H.
	abs.	in v.H.		
Freudenstadt 39 (44)	4 (1)	10,3 (2,3)	1 CDU, 1 FDP, 2 WV (für „Frauen in den Kreistag“)	48,3
Heilbronn 74 (75)	13 (10)	17,6 (13,3)	3 CDU, 5 SPD, 3 Grüne, 2 gem Vorsch.	49,5
Hohenlohekreis 39 (40)	11 (8)	28,2 (20)	2 CDU, 1 FDP, 2 WV, 3 SPD, 3 Grüne	52,3
Karlsruhe 91 (91)	16 (11)	17,6 (12,1)	1 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 8 Grüne, 2 WV	50,6
Konstanz 68 (68)	10 (12)	14,7 (17,6)	1 CDU, 2 SPD, 1 FDP, 5 Grüne, 1 WV	47,0
Lörrach 59 (59)	13 (11)	22 (18,6)	2 CDU, 3 SPD, 5 Grüne, 3 WV	45,7
Ludwigsburg 103 (98)	23(22)	22,3 (22,4)	4 CDU, 5 SPD, 4 FDP, 7 Grüne, 1 And., 2 WV	50,1
Main-Tauber 48 (48)	7 (3)	14,6 (6,3)	4 CDU, 2 SPD, 1 FDP	55,3
Neckar-Odenwald 46 (49)	8 (10)	17,4 (20,4)	1 CDU, 2 SPD, 4 Grüne, 1 WV	52,1
Ortenau 87 (88)	14 (9)	16,1 (10,2)	5 CDU, 3 SPD, 1 FDP, 3 Grüne, 2 WV	48,8
Ostalb 71 (76)	12 (17)	16,9 (22,4)	3 CDU, 6 SPD, 2 And, 1 WV	48,5
Rastatt 64 (67)	11 (9)	17,2 (13,4)	4 CDU, 2 SPD, 3 Grüne, 2 WV	46,8
Ravensburg 72 (72)	8 (5)	11,1 (6,9)	2 CDU, 1 SPD, 4 Grüne, 1 WV	49,9
Rems-Murr 88 (87)	20 (19)	22,7 (21,8)	3 CDU, 3 SPD, 7 Grüne, 3 gem.Vorsch., 3 WV, 1 And.	48,9
Reutlingen 69 (72)	18 (15)	26,1 (20,5)	5 CDU, 2 SPD, 3 Grüne, 7 WV, 1 And.	45,9
Rhein-Neckar 105 (103)	27 (19)	25,7 (18,4)	9 CDU, 5 SPD, 1 FDP, 6 Grüne, 1 And., 5 WV	51,4
Rottweil 43 (49)	3 (2)	7,0 (4,1)	1 SPD, 1 Grüne, 1 And.	49,6
Schwäbisch-Hall 58 (58)	7 (6)	12,1 (10,3)	2 CDU, 3 SPD, 2 Grüne	44,4
Schwarzwald-Baar 61 (64)	12 (8)	19,7 (12,5)	4 CDU, 3 SPD, 4 Grüne, 1 WV	46,2
Sigmaringen 42 (48)	5 (9)	11,9 (18,8)	2 CDU, 2 Grüne, 1 WV	52,1
Tübingen 62 (59)	17 (16)	27,4 (27,1)	3 CDU, 4 SPD, 7 Grüne, 2 gem. Vorsch. 1 WV	54,1
Tuttlingen 43 (47)	6 (9)	14,0 (19,1)	1 SPD, 5 WV	48,3
Waldshut 47 (53)	9 (10)	19,1 (18,9)	1 CDU, 3 SPD, 3 Grüne, 2 WV	48,7
Zollernalbkreis 60 (61)	15 (11)	25 (18)	6 CDU, 4 SPD, 1 Grüne, 4 WV	46,6
BADEN-WÜRTTEMBERG insges. 2 228 (2 273)	422 (364)	18,9 (16,0)	96 CDU – Anteil 12,0%, 96 SPD – Anteil 24,1%, 16 FDP – Anteil 15,0%, 120 Grüne – Anteil 43,3%, 8 And. – Anteil 10,4%, 9 gem. Wahlvorsch. – Anteil 22,0% , 77 WV – Anteil 14,7 %	49,5

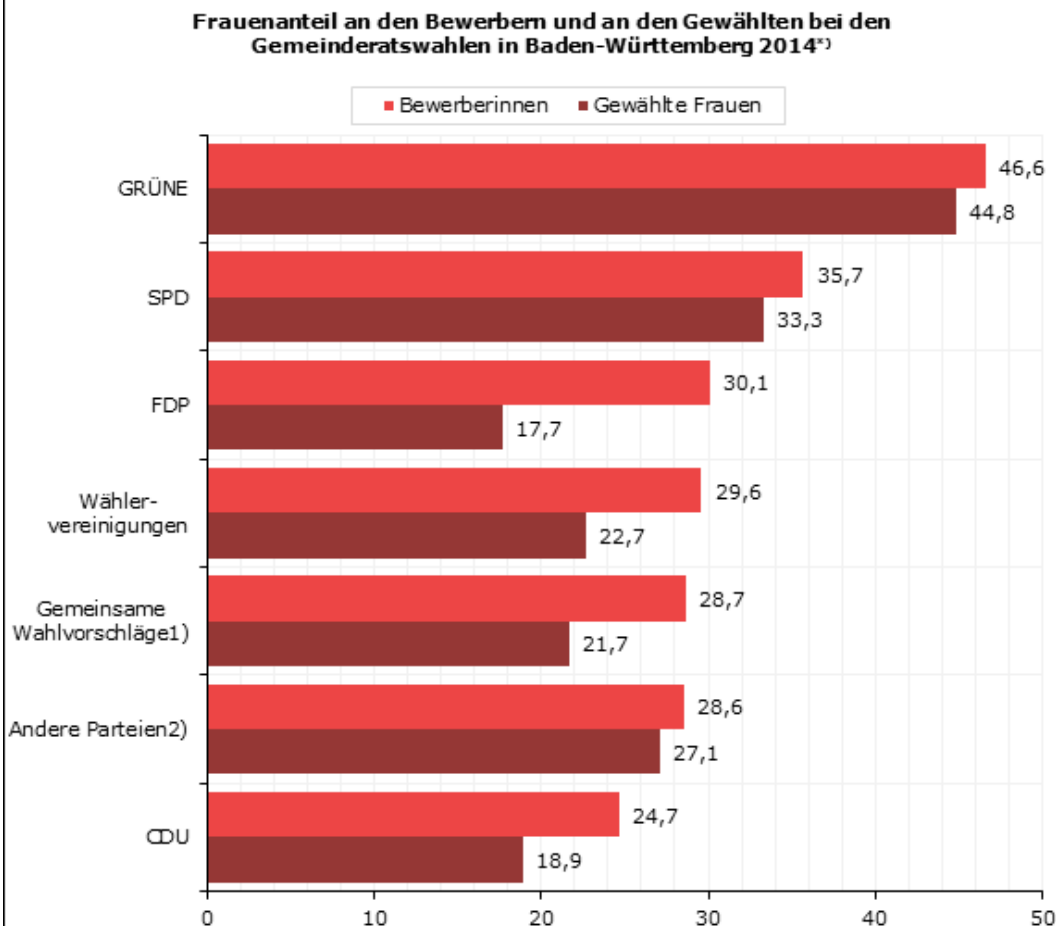
NACHLESE: KOMMUNALWAHL 25. MAI 2014

Gemeinderatswahlen: Kandidaturen von Frauen - Gewählte Frauen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg – in seiner Pressemitteilung vom 10.06.2014:

„Über den Erfolg von Frauen bei den Gemeinderatswahlen gibt die Gegenüberstellung des Frauenanteils an den Bewerbenden mit dem Frauenanteil an den Gewählten Aufschluss. Werden anteilmäßig mehr Frauen gewählt, als ihr Anteil an den Kandidaturen beträgt, sind die Frauen erfolgreicher als die Männer. Umgekehrt sind Frauen weniger erfolgreich als Männer, wenn ihr Anteil an den Gewählten geringer ist als an den Bewerbenden.“

In Baden-Württemberg betrug der Frauenanteil an den Bewerbenden zu den Gemeinderatswahlen landesweit durchschnittlich bei 30,5 Prozent, der Frauenanteil an den Gewählten fiel hingegen mit 23,9 Prozent erheblich geringer aus. Damit bewarben sich Frauen bei den Gemeinderatswahlen 2014 nicht nur seltener um ein Mandat im Gemeinderat, sie wurden auch seltener gewählt als die männlichen Mitbewerber. Das heißt, Frauen waren bei den Gemeinderatswahlen 2014 weniger erfolgreich als männliche Bewerber. So betrug der Anteil der Männer an den Bewerbenden 69,5 Prozent, unter den Gewählten lag der Männeranteil mit 76,1 Prozent deutlich höher.“



Obwohl die Bewerberinnen bei allen Parteien und politischen Gruppierungen weniger erfolgreich waren als die Männer, gibt es doch deutliche Unterschiede. Die Kandidatinnen der anderen Parteien sowie der GRÜNEN hatten im Vergleich zu den anderen Wahlvorschlägen den größten Wahlerfolg. Unter den Bewerberinnen der anderen Parteien waren 28,6 Prozent Frauen, gewählt wurden 27,1 Prozent.

* Quelle: Statistisches Landesamt BW, www.statistik-bw.de/Presse-mitt/2014207.asp

Ergebnisse der Kommunalwahlen in anderen Bundesländern

Die wenigsten Statistischen Landesämter weisen überhaupt Landesergebnisse zu Zahl und Anteil der gewählten Frauen auf!

Eine Ausnahme ist NRW¹⁾:

Dort erbrachte die Wahl zu den Stadträten der kreisfreien Städte und den Kreistagen der Kreise:

Von den insgesamt 3342 Gewählten sind 1024 Frauen (30,64 %), geringfügig mehr als 2009 (28,78 %).

¹⁾ Quelle: www.wahlergebnisse.nrw.de/kommunalwahlen/2014/aktuell/a000000kw1400.html

Blick nach Frankreich

In Frankreich wurde Richtung Parität weiter gearbeitet. Seit Mai 2013 gilt die Paritätsanforderung für die Listen nämlich für alle Kommunen bereits ab 1000 EinwohnerInnen (zuvor: ab 3 500).

In Frankreich fanden im März 2014 die Kommunalwahlen statt. Im Ergebnis sind die französischen Kommunalparlamente nun mit durchschnittlich 59,7% Männern und 40,3% Frauen besetzt. Immerhin ein Anstieg des Frauenanteils um rund 5 % gegenüber 2008. In den Kommunen (ab 1000 Einw.) beträgt der Frauenanteil nun 48,2 %. Bei den kleineren Gemeinden (unter 1000) betrug der Frauenanteil auf den Listen lediglich 35,4 %; der Anteil der Frauen in den Räten dieser kleinen Kommunen beträgt nun 34,9 %.

Es gab insgesamt gleichwohl 20 000 mehr Kandidatinnen auf den Listen als 2008. Das franz. Innenministerium führt dies auf die Gesetzesänderung zurück.

Auch in Frankreich gibt es in Sachen Parité noch einiges zu tun: bei nur 17,1 % der Listen befand sich eine Frau auf dem Spitzenplatz, seit 2008 kaum eine Steigerung. (Damals wurden 16,5 % der Listen von Frauen angeführt.) Großer Nachholbedarf auch bei den Bürgermeisterinnen.

KOMMUNALWAHLRECHT - WIE WEITER?

Detaillierte Berichtspflicht unerlässlich!

Die Wirkung der Soll-Regelung § 9 (6) Kommunalwahlgesetz muss sorgfältig ausgewertet werden. Das versteht sich. Sicherheitshalber hat dennoch der LFR im Februar 2014 das Statistische Landesamt und die Landeswahlleiterin angeschrieben. Wir schrieben: Für eine Daten-basierte Einschätzung der tatsächlichen Wirkung der neuen Soll-Vorschrift aus § 9 Kommunalwahlgesetz halten wir eine Datenerfassung für erforderlich, die genauere Auskünfte ermöglicht als die bisher veröffentlichten Wahlstatistiken. Insbesondere sollte bei der Erfassung des Anteils der Kandidierenden und der Gewählten nach Geschlecht und Gemeindegrößenklassen auch mit erhoben werden, auf welchen Kandidaturlisten das Reißverschlussprinzip grundsätzlich bzw. bis zu welchem Platz angewendet wurde. Die örtlichen Wahlleitungen und statistischen Ämter sollten hier entsprechende Auswertungen vornehmen, sobald die Listenaufstellungen abgeschlossen sein werden.

Kommunalwahlgesetz Baden-Württemberg § 9 (6)

„Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden. Die Beachtung der Sätze 1 und 2 ist nicht Voraussetzung für die Zulassung eines Wahlvorschlags.“

**Antwort Statistisches Landesamt auf Schreiben des LFR (April 2014)**

Fazit: Eine „Lieferung, Erfassung und Auswertung“ der gewünschten Daten sei „grundsätzlich möglich“, allerdings in Anbetracht der Kürze der Zeit offenbar zu aufwendig. Wörtlich: „Allerdings ist dieses Unterfangen sowohl bei den Datenlieferanten (den Gemeinden, Kreisen und dem Verband Region Stuttgart) als auch im Statistischen Landesamt mit einem erheblichen Arbeitsaufwand verbunden und bedingt eine gründliche und langfristige Vorbereitung, um u.a. auch die Akzeptanz der Datenlieferanten für dieses Vorhaben zu gewinnen. Da die Kommunalwahlen bereits Ende Mai stattfinden, sehen wir hierfür jedoch keinen zeitlichen Spielraum mehr.“

Abschließend werden wir ermuntert, das Statistische Landesamt „in dieser Sache im Vorfeld der Kommunalwahlen 2019 (möglichst bis Anfang 2017) erneut zu kontaktieren“.

Kommentar des LFR: Die Soll-Bestimmung zur Besetzung der Kandidaturlisten gibt es seit einem Jahr, frau sollte meinen, dass seitdem Zeit genug war, die Vorbereitungen für eine Datenerhebung zu treffen Derartige Reaktionen lassen uns den notwendigen Respekt gegenüber dem Engagement der Frauenverbände vermissen. Wir sind wesentlicher Teil der BürgerInnen-Gesellschaft – und werden erneut auf nächste Wahlen verwiesen und erneut in nächste Legislaturperioden.

Wir haben die Antworten u.a. an die frauenpolitischen Sprecherinnen der Grünen und der SPD sowie an die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung weitergeleitet.

Landtagsfraktion GRÜNE: Charlotte Schneidewind-Hartnagel MdL,

frauenpolitische Sprecherin in ihrer Antwort an den LFR:

„Zwischen den Regierungsfractionen gab es in der Tat die Vereinbarung eine Evaluation nach der Kommunalwahl 2014 vorzunehmen. So lautete auch die damalige gemeinsame Pressemitteilung: „Die Regierungskoalition schlägt zur neuen gesetzlichen Regelung und anderweitig verbesserten Rahmenbedingungen für die Kandidatur und Mandatsausübung von Frauen eine Evaluation nach der Kommunalwahl 2014 vor.“

Die Fraktion GRÜNE hat sich im Anschluss daran für eine differenzierte Datenerhebungen und eine umfassende Dokumentationspflicht der Kommunalwahlen 2014 in mehreren Verhandlungsrunden stark gemacht. Das Vorhaben stieß auf massiven Widerstand in der SPD-Fraktion.

Wie Sie wissen, haben auch wir uns mit dem Statistischen Landesamt in Verbindung gesetzt. Auch dieses Gespräch brachte kein für die Fraktion GRÜNE zufriedenstellendes Resultat. Der Erlass für die Erfassung der Kommunalwahl wurde im Innenministerium erarbeitet. Das Innenministerium und die SPD-Landtagsfraktion lehnen auch weiterhin die von uns beworbene Einführung einer umfassenden Dokumentationspflicht der Kommunalwahlen 2014 ab. Wir werden uns nun in einem nächsten Schritt für eine wissenschaftlich begleitete Modellstudie in ausgewählten Kommunen starkmachen.“

Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung,

versicherte mit Schreiben vom 26.05.2014:

„... In der Tat halte ich es für geboten, der Frage nach den Auswirkungen der Soll-Parität nachzugehen. Ich werde mich gerne dafür einsetzen, dass entsprechende Zahlen im Nachgang erhoben werden und geprüft wird, ob und wenn ja mit welchen anderen wissenschaftlichen Institutionen in dieser Frage kooperiert werden kann. ...“

SPD-Landtagsfraktion:

Sabine Wölfe MdL, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion macht mit einem Berichts Antrag (Drs. 15/5271) den Ausgang der Wahlen wieder zum Thema im Landtag. Insbesondere fragt sie nach der Verantwortung der die Listen aufstellenden Parteien oder Vereinigungen.

„Diese verhöhnen den Willen des Gesetzgebers, wenn sie immer noch Wahlvorschläge einreichen, auf denen ausschließlich oder fast ausschließlich Männer verzeichnet sind“, so Wölfe. Die statistischen Befunde zeigten ganz klar, „welche Parteien und Vereinigungen bei der Frauenförderung noch allerhand Hausaufgaben zu erledigen haben“.

Quelle: SPD-Landtagsfraktion, Pressemitteilung
10.06.2014

NACHLESE: EUROPAWAHL 25. MAI 2014



Deutscher Frauenrat: Im Schneckentempo zur Parität

Insgesamt 37 Prozent Frauen wurden Ende Mai ins EU-Parlament gewählt – gegenüber 2009 ein Anstieg um 1,25 Prozentpunkte.

Die Generalsekretärin der Europäischen Frauenlobby (EWL), Joanna Maycock, beklagte den nur geringen Fortschritt in Richtung Geschlechterparität. In diesem Schneckentempo würde es noch weitere 52 Jahre dauern, bis Parität im Europäischen Parlament erreicht sei.

Fakt ist, dass die konservativen und rechten Parteien im Vergleich zu den Mitte-Links-Parteien beim Frauenanteil deutlich hinterher hinken. Die EWL sieht hier einen klaren Zusammenhang: Dort,

wo wirksame Sanktionen bei der Nichteinhaltung von Quoten vorgesehen seien, kämen Frauen eher zum Zuge. Dies zeige sich am Beispiel der Sozialdemokraten, die von 189 Abgeordneten insgesamt 86 Frauen (46 Prozent) ins Brüsseler Parlament schickten, während auf den Fraktionsbänken der Europäischen Volkspartei (EVP) nur 65 Frauen (30 Prozent) Platz nehmen werden.

Deutlich vorne liegt in Sachen politischer Partizipation von Frauen die Europäische Linke (GUE/NGL): Sie hat die Parität mit 51 Prozent weiblichen Abgeordneten mehr als erreicht. Der Frauenanteil in der Fraktion der Liberalen (ALDE) beträgt 40 Prozent, der der Grünen liegt bei 37 Prozent.

Europawahl in Deutschland: weniger Frauen im Parlament

Im Vergleich zum Gesamtergebnis der Europawahl ist das deutsche Ergebnis rückläufig: Brigitte Triems, Vorstandsmitglied des Deutschen Frauenrats, rechnet vor: „Von den insgesamt gewählten 96 Abgeordneten sind 35 Frauen, das heißt 36,5 Prozent. Das ist ein Rückschritt um 1,5 Prozent, denn in der vorangegangenen Wahlperiode waren es 38 Prozent.“

Die meisten Frauen sitzen in den Fraktionsreihen der Linken (57 Prozent) und der Grünen (55 Prozent), gefolgt von der SPD (48 Prozent), der FDP (33 Prozent) und der CDU/CSU (insgesamt 21 Prozent).

aus: www.frauenrat.de

Unter den 11 gewählten MdEP-Abgeordneten aus Baden-Württemberg befinden sich lediglich drei Frauen:

CDU: Dr. Ingeborg Gräßle, Heidenheim an der Brenz

SPD: Evelyn Gebhardt, Schwäbisch Hall

GRÜNE: Maria Heubuch, Leutkirch

Wahlbeteiligung - wer nutzt seine Rechte - wer lässt sie brachliegen - und warum? Annäherungen in Zahlen und Hypothesen

Das Statistische Landesamt B-W schreibt zum „Indikator Wahlbeteiligung“ *„Die Höhe der Wahlbeteiligung gilt als Maß für Demokratiebewusstsein bzw. demokratisches Engagement. Geringe Wahlbeteiligungen können mehrere Ursachen haben: Sie können aus mangelndem politischen Interesse resultieren, ein Ausdruck von Protest unzufriedener Bürgerinnen und Bürger sein, aber auch ein Zeichen dafür, dass die Wahl nicht als wichtig angesehen wird (Low-Interest-Wahlen). Eine hohe Wahlbeteiligung gilt als wünschenswert, weil sie als Zeichen für Demokratiebewusstsein gilt und der Legitimation der Gewählten und des demokratischen Staates dient.“*¹

¹ Problematisch ist die geringe – und weiter gesunkene Wahlbeteiligung. 2014: 49,1 % bei den Gemeinderatswahlen bzw. 49,5 % bei den Kreistagswahlen. (Landesdurchschnitte: 2009: 50,7 % 1999: 53 %, 1994: 66,7 %)

Doch wer wählte wenig?

Die Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen wird NICHT geschlechtsspezifisch erfasst.

Bei Landtagswahlen war die Wahlbeteiligung der Männer bei allen Landtagswahlen (auch 2011) höher als die der Frauen, aber mit sinkendem Abstand und nur im Durchschnitt aller Altersgruppen. 2011 hat sich die Differenz zwischen Männern und Frauen auf 2,3 Prozentpunkte verringert. Frauen zeigen in bestimmten Altersgruppen eine höhere Wahlaktivität als Männer gleichen Alters. In den Altersgruppen zwischen 30 und 49 Jahren lag die Wahlbeteiligung von Frauen 2011 über der von Männern. Deutlich geringer ist sie bei den Seniorinnen über 70 und bei Jungwählerinnen.¹

Die Tatsache, dass der Anteil der Frauen in den Kommunalparlamenten auch 2014 ihren Anteil unter den Kandidierenden unterschreitet kann die Vermutung nahelegen, dass auch Frauen weniger

¹ www.statistik-bw.de
Ergebnisse aus Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2012
Bei den Landtagswahlen von 1964 bis 2011 lag die Wahlbeteiligung der Jungwählerinnen von 18 bis 24 Jahren im Durchschnitt um gut 4 Prozentpunkte, die Wahlbeteiligung der Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren sogar um durchschnittlich mehr als 9 Prozentpunkte unter der der gleichaltrigen Männer.

Frauen wählen – und sie nicht etwa durch Kumulieren und Panaschieren nach vorne befördern –... Jedoch das ist nicht belegbar.

Es gibt 2014 in BW 4 475 weibliche Gemeinderatsmitglieder, kandidiert hatten 2014 landesweit 18 201 Frauen für Gemeinderäte.

Zur Wahlbeteiligung der Erst- und JungwählerInnen ermittelt das Statistische Landesamt derzeit von sich aus keine Angaben.

Es ist daher den Kommunen freigestellt, ob sie eine entsprechende Wahlstatistik erstellen. Der Städtetag hat auf Bitte der Landeszentrale für politische Bildung – Kampagne „Wählen ab 16“ seine Mitgliedskommunen, die über eine sogenannte abgeschottete Statistikstelle gemäß § 9 Landesstatistikgesetz verfügen, gebeten, die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen zu ermitteln.

Forts. S. 11

WAHL-NACHLESE

Wahlbeteiligung - Annäherungen in Zahlen und Hypothesen

Allgemeine Tendenzen und Hypothesen

Zur Wahlbeteiligung liefert die Forschung allgemeine Befunde:

1. Wahlbeteiligung und Wahl-„Ebene“

- Höchste Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen.
- Niedrigste bei Kommunal- und bei Europawahlen.

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt in Baden-Württemberg durchgängig erheblich unter der bei Bundestagswahlen.

Während sich an den Bundestagswahlen seit 1949 im Durchschnitt gut 82 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger im Land beteiligten, waren es bei den Wahlen zum Landtag nur rund 68 %².

Wahlbeteiligung bei Kommunal- und Europawahlen:

Kommunalwahl 2014: 49,1 % (2009: 50,7 %)
Europawahl 2014: 52 % (2009: 52,0 %)

2. Bundesweiter Trend: genereller Rückgang der Wahlbeteiligung

Die Beteiligung bei allen Wahlarten liegt heute niedriger als in früheren Jahrzehnten. Besonders stark fällt der Rückgang bei Kommunalwahlen aus.

Das Beteiligungsniveau heute ist niedriger als jemals zuvor.

Diese Befunde werfen Fragen auf.

Zum Beispiel:

- Werden primär die bundespolitischen Entscheidungen als relevant erlebt?
- Wird die Kommunalpolitik als nicht so entscheidend erlebt - und deshalb dort, wo am meisten Wahlmöglichkeit besteht, nicht vom Wahlrecht Gebrauch gemacht?
- Gibt es Vorstellungen von BürgerInnenpflichten, die über Wahlbeteiligung entscheiden?

Die Wahl- und Parteienforschung gibt dazu Hinweise.

Wenn Geschlechterrollen, die dem Mann die Sphäre des Politischen zuweisen, noch wirksam sind, müssten diese Forschungen allerdings auch nach Geschlechtern unterscheiden, was sie jedoch kaum tun.

3. Wahlbeteiligung und soziale Milieus

Die Milieuzugehörigkeit bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung. Dies belegen u.a.

sozialstrukturelle Merkmale der Wahlbeteiligung an den Europawahlen.³

In Wahlkreisen mit hoher Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg lag die Wahlbeteiligung an den Europawahlen bei unterdurchschnittlichen 49,1%, in Gebieten mit niedriger Arbeitslosenquote bei 53,3%. Gebiete mit einem hohen AkademikerInnenanteil wiesen eine Wahlbeteiligung von 53% auf, solche mit einem niedrigen Anteil hatten 51,9%.

In kleineren Gemeinden ist die Wahlbeteiligung höher als in größeren:

In Gemeinden bis 10 000 Einw. beteiligten sich 2014 in Baden-Württemberg 56,3% der Wahlberechtigten, in Gemeinden über 100 000 Einw. lediglich 49,3%. Den Zusammenhang zwischen Besiedlungsdichte, Gemeindegröße bzw. eher ländlicher/städtischer Prägung und Wahlbeteiligung belegen auch Ergebnisse aus anderen Bundesländern. Die Wahlbeteiligung ist in dünner besiedelten Gebieten etwas höher als in stärker verdichteten urbanen Gebieten.⁴

Für Baden-Württemberg verweisen auch lokale Analysen zur Beteiligung an den Europawahlen auf den Zusammenhang zu sozialen Milieus, Beispiel Stadt Stuttgart: niedrigste Wahlbeteiligung mit 42,2% im (Arbeiter-)Stadtbezirk Zuffenhausen, höchste mit 62,6% in Degerloch. Noch geringer war die Beteiligung bei den Kommunalwahlen: in Stuttgart-Zuffenhausen beteiligten sich lediglich 36,1% der Wahlberechtigten, in Sillenbuch 57,7 %.

Eine Bertelsmann-Stiftung Studie zur Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2013 und sozialem Hintergrund⁵ gibt wichtige Hinweise und wirft weitergehende Fragen auf. Ergebnis:

Je prekärer die Lebensverhältnisse vor Ort, desto weniger Menschen haben sich an der Bundestagswahl 2013 beteiligt. Der soziale Status eines Stadtteils bestimmt die Höhe der Wahlbeteiligung.

³ Statistisches Landesamt BW, http://statistik-bw.de/Wahlen/Europawahl_2014/GemGrKI.asp

⁴ Zum Beispiel Hamburg: siehe www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/WA3_komplett_BZ2014.pdf

⁵ Ausgewertet wurden dafür kleinräumige Daten aus 28 untersuchten Großstädten und 640 bundesweit repräsentativen Stimmbezirken, darunter Stuttgart, Freiburg und Karlsruhe.

Je mehr Haushalte in einem Stadtteil oder Stimmbezirk von Arbeitslosigkeit betroffen sind, umso geringer ist die Wahlbeteiligung. Ähnlich negative Zusammenhänge mit der Wahlbeteiligung zeigen sich für das Niveau der Schulabschlüsse, die Qualität der Wohnlagen und die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte. Die Bertelsmann-Stiftung sagt dazu: Das Wahlergebnis ist sozial nicht repräsentativ! (Eine Demokratie der „Besser-Verdienenden“)

Arbeitslosigkeit schadet der Demokratie. Leider erfasst auch diese Studie keinerlei Gender-Gesichtspunkte.

Verstärken sich die Effekte prekärer Milieus und traditionelle Geschlechterrollenzuweisungen zu einer noch geringeren Wahlbeteiligung von Frauen?

Eine naheliegende Annahme - jedoch hier nicht untersucht.

In Politik und Zeitgeschichte/ Bundeszentrale für politische Bildung (19.11.2013)⁶ schreibt Armin Schäfer zu den Gründen der größeren Wahlabsistenz:

Die Gründe für eine im Vergleich zu den bessergestellten Gruppen niedrigere Wahlbeteiligung der sozial Schwachen liegen im geringeren politischen Interesse, einer schwächeren Parteibindung, dem mangelnden Zutrauen in eigene Kompetenzen und dem fehlenden Glauben daran, durch politisches Engagement etwas zu bewirken, sowie in der weniger ausgeprägten gefühlten Verpflichtung, wählen zu müssen.

Das wirft Fragen auf:

- Fühlen sich die Menschen machtlos als WählerInnen, ihre Stimmen quasi als „wertlos“;
- nicht durch die Politik vertreten?
- Tragen Parteien durch ihre Strukturen, ihre Politik, ihre Kommunikation mit dazu bei?

Schäfer warnt:

„Für die Demokratie besteht die Gefahr einer niedrigen und sozial ungleichen Wahlbeteiligung darin, dass die Politik sich an den sozial Bessergestellten orientieren könnte, die nicht nur weiterhin wählen, sondern auch andere Wege nutzen, ihre Anliegen zur Sprache zu bringen, während sozial Benachteiligte weder das Eine noch das Andere in gleichem Umfang tun.“

⁶ siehe www.bpb.de/apuz/172972/wahlbeteiligung-und-nichtwaehler?p=all

² Quelle: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 4/2012

LANDTAGSWAHLRECHT ENDLICH REFORMIEREN!

„Typisch weiblich?! Wählen - und gewählt werden“ - 19. März 2014

Veranstaltung des Landtags Baden-Württemberg zum Internationalen Frauentag

März 2012: Mittendrin in der Gesellschaft und doch außen vor mit ihrer politischen Vertretung in Kommunalparlamenten sind Frauen in Baden-Württemberg. Von der Veranstaltung am im Landtag, zu dem die stellvertretende Landtagspräsidentin Brigitte Lösch MdL (Grüne) eingeladen hatte, ging der Impuls zur Kampagne des Landesfrauenrats für eine Änderung des Kommunalwahlgesetzes aus. Die Forderung: Aufnahme einer gesetzlichen Verpflichtung Kandidaturlisten im Reißverschlussverfahren hälftig mit Frauen und Männern zu besetzen.

19. März 2014: das Landtagswahlrecht im Fokus. Die Zusammensetzung des baden-württembergischen Landtags repräsentiert nicht den Querschnitt der Bevölkerung.

Vor allem die Frauen fehlen!

„Die Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien ist unbefriedigend und hinkt den Ansprüchen einer gerechten Demokratie, in der sich die Vielfalt der Gesellschaft spiegeln sollte, kräftig hinterher. Der Anteil von Frauen in der Politik muss deshalb deutlich erhöht werden“, betont Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch am 19. März 2014 im Interimsplenarsaal bei der Veranstaltung „Typisch weiblich?! Wählen - und gewählt werden“.

Die geladenen VertreterInnen der Wissenschaft Prof. Dr. Dieter Roth von der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und Dr. Ina Bieber von der Goethe-Universität Frankfurt am Main belegen:

Es liegt am Wahlsystem - und nicht etwa an einer Besonderheit der Frauen in Baden-Württemberg, dass sie seit Jahrzehnten nicht angemessen im Landtag vertreten sind. Ihre Vorträge sind auf der Homepage des baden-württembergischen Landtags dokumentiert.¹

Und es liegt an den zumeist männlichen Abgeordneten, die um ihre Positionen in den Wahlkreisen fürchten, wenn Wahlkreis-Plätze für Listen frei gemacht werden müssten. Darauf wiesen vor allem die sich an der Diskussion beteiligenden Frauen aus dem Publikum hin.



Wie weiter mit dem Landtagswahlrecht?

Bis zur Landtagswahl 2016 ist keine Ergänzung des Landtagswahlrechts um eine Liste möglich, etwaige Aktionen zielen auf die Landtagswahl 2021.

Bei der Podiumsrunde nahm für den LFR die Erste Vorsitzende Angelika Klingel teil. Sie stellte abermals klar:

Frauen brauchen ein deutliches Signal auch des Gesetzgebers: sie werden gewollt! Dieses Signal gibt ein Paritégesetz! Frauen brauchen eine einladende politische Kultur - dazu gehören auch Gesetze.

Von den VertreterInnen der Fraktionen werden folgende Positionen formuliert:

Charlotte Schneidewind-Hartnagel MdL/Grüne und Brigitte Lösch MdL kündigten an, dass die Fraktion Grüne dafür sorgen wollen, dass das Listenwahlrecht in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Wahlrecht nochmals verhandelt wird.

Jochen Haußmann MdL/FDP informiert: die FDP-Fraktion hat eine Beschlusslage zum Listenwahlrecht (jedoch ohne Quote); er gibt zu bedenken, dass bei Listenkandidaten eine starke Vernetzung innerhalb der Partei erforderlich sei.

Friedlinde Gurr-Hirsch MdL/CDU versichert: auch die CDU habe begriffen, dass sie Frauen nicht mehr ausblenden kann. Frauen selbst allerdings seien auch zu wenig in den Parteien vertreten. Noch nie sei es so schwierig gewesen wie zu dieser Kommunalwahl Kandidatinnen zu gewinnen. Dies habe einerseits mit

Doppel- und Dreifachbelastungen zu tun. Teilweise auch mit fehlendem Kampfgeist und mangelnder Risikobereitschaft. Frauen benötigten taktischeres Vorgehen und wirksame Netzwerke für den Erfolg vor Ort.

Sabine Wölfle MdL/SPD verwies auf Probleme bei der Gewinnung von mehr Kandidatinnen für Gemeinderäte besonders in ländlich geprägten Kommunen: Historisch bedingt hinkten Frauen oft hinterher, blockierten gar andere Frauen (wie machst Du das dann mit dem Kind ...?). Männer, die weibl. Gemeinderäten den Rücken freihalten müssten als Vorbilder gelobt werden.

Unter Hinweis auf die niedrige Wahlbeteiligung (50 %) in Kommunen betonte Klingel: Frauen müssten erkennen können, dass sie in der Kommune etwas verändern können - und wählen und sich wählen lassen. Frauen brauchten „Vorbilder“, andere Frauen, die vorangehen; müssten sich selbst aber auch trauen zu kandidieren. Und ggf. auch auf einer partnerschaftlicheren Arbeitsteilung in ihrem privaten Umfeld bestehen.

Volksbegehren als Lösung?

Hierzu gab es engagierte Beiträge aus dem Publikum.

Staatsrätin Gisela Erler berichtet ihren ersten, sie irritierenden Eindruck vom Landtag BW: so viele Männer, kaum Frauen ... Die Männermehrheit im Landtag werde sich nicht selbst abschaffen;

Forts. S. 13

¹ Die Dokumentationen ihrer Vorträge zum Herunterladen unter: www.landtag-bw.de/cms/home/aktuelles/

LANDTAGSWAHLRECHT ENDLICH REFORMIEREN!

„Typisch weiblich?! Wählen - und gewählt werden“

nur Bürgerbeteiligung, ein Volksbegehren/ Volksentscheid könne den Druck erzeugen, das Wahlrecht zu ändern. Leni Breymaier/Verdi kritisiert nochmals vehement die Konsensvereinbarung der Fraktionsvorsitzenden. Frauen sollten sich nicht als allein zuständig für ein etwaiges Volksbegehren zugunsten einer Wahlrechtsänderung sehen, diese sei Thema der ganzen Gesellschaft. Bis 2021 sollte es möglich sein, eine Änderung zu erwirken. Gabriele Frenzer-Wolf/stellvertr. DGB-Vorsitzende informiert ergänzend: Die DGB-Forderung nach einer Listenwahl wurde auch von Männern verabschiedet, die DGB-Männer werden also eine Kampagne mittragen.



Aus der Presseberichterstattung zur Veranstaltung am 19.03.2014

Staatsanzeiger 21.03.2014



von Ulrike Bäuerlein

Landtagswahlrecht zementiert geringen Frauenanteil

Stuttgart. In keinem anderen Länderparlament sitzen anteilig so wenige Frauen wie im Landtag von Baden-Württemberg – mit 19,5 Prozent Frauenanteil unter den Abgeordneten ist der Südwesten Schlusslicht der gesamten Republik. Aber zu ändern ist das wohl nur mit einer Änderung des Landtagswahlrechts – so zumindest ist das einhellige Fazit der Veranstaltung „Typisch weiblich?! Wählen - und gewählt werden“, die anlässlich des Internationalen Frauentags am Donnerstag im Landtag abgehalten wurde.

Rund 150 Frauen und eine Handvoll Männer – darunter der FDP-Abgeordnete Jochen Haußmann als frauenpolitischer Sprecher der liberalen Sieben-Mann-Fraktion – waren gekommen, um sich zunächst vom Heidelberger Sozialwissenschaftler Dieter Roth, Mitbegründer der Forschungsgruppe Wahlen, sowie der Frankfurter Sozialwissenschaftlerin Ina Bieber aus deren Forschung berichten zu lassen, wie Frauen einerseits wählen und wann sie andererseits gewählt werden. Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch (Grüne) hatte bei der

Begrüßung aber zuvor schon die Richtung der späteren Diskussion vorgegeben: „Die Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien ist unbefriedigend und hinkt den Ansprüchen einer gerechten Demokratie, in der sich die Vielfalt der Gesellschaft spiegeln sollte, kräftig hinterher“, sagte Lösch.

Wie die Landtagsvizepräsidentin ausführte, bieten Landesfrauenräte, Einrichtungen der politischen Bildung, Parteien und Frauenbeauftragte seit fast zwei Jahrzehnten Fortbildungs- und Mentoringprogramme an mit dem Ziel, mehr Frauen für die Übernahme von Mandaten zu gewinnen. Lösch legte dar, dass sie diese Maßnahmen begrüße, fügte jedoch hinzu: „Ich bin aber gleichzeitig der festen Überzeugung, dass ohne gesetzliche Quotenvergabe keine nachhaltigen und flächendeckenden Änderungen in der Repräsentanz von Frauen in Parlamenten zu erreichen sind. Der Anteil von Frauen in der Politik muss deshalb deutlich erhöht werden.“

Geschlechtergerechte Aufstellung der Wahllisten bloß Soll-Vorschrift

Wie schwer das in der Praxis zu erreichen ist, darüber debattierten zunächst in kleiner Runde die frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen, neben Haußmann (FDP) Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Grüne), Sabine Wöfle (SPD) und Friedlinde Gurr-Hirsch (CDU), gemeinsam mit Angelika Klingel, der Vorsitzenden des Landesfrauenrates. Kleine Schritte wurde ja bereits un-

ternommen, wenn auch nicht bezüglich der Landtagswahlen – Lösch verwies darauf, dass Baden-Württemberg als erstes Bundesland die geschlechtergerechte Aufstellung der Wahllisten zu den Kommunalwahlen gesetzlich einfordere. Allerdings ist das nur eine Soll-Bestimmung; und wie schwer es war und ist, ausreichend Frauen zur einer Kandidatur zu bewegen, darüber berichtete Friedlinde Gurr-Hirsch, frauenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. Welchen Erfolg die „Soll-Bestimmung“ letztlich hat, wird sich bei den nächsten Kommunalwahlen zeigen. Für die Landtagswahlen jedoch sehen die meisten Diskutanten schwarz. Das bestehende Wahlsystem – ein Direktkandidat pro Wahlkreis – zementiere die bestehenden Verhältnisse. Denn wo seit langen Jahren ein Mann ein Mandat innehatte und im Wahlkreis keine Unzufriedenheit bestehe, gebe es keinen Grund, ihn durch eine Frau zu ersetzen. Schneidewind-Hartnagel zweifelt: „Das soll dann der Landtag beschließen – 28 Frauen und 111 Männer, von denen dann etwa 60 ihren Wahlkreis an eine Frau verlieren würden?“ Die anschließend aufkommende Frage, was denn nun leichter zu ändern sei – das baden-württembergische Landtagswahlrecht oder das Selbstverständnis langjähriger männlicher Abgeordneter – wollte weder Haußmann noch eine der Mandatsträgerinnen beantworten. Auch Gisela Erler (Grüne), Staatsrätin für Bürgerbeteiligung, bezweifelt, dass man die Männer dazu bringen könnte,

Forts. S. 14

LANDTAGSWAHLRECHT ENDLICH REFORMIEREN!

Presseberichterstattung

Staatsanzeiger 21.03.2014



sich selbst als Mandatsträger abzuschaffen. „Das geht nur das Instrument Volksentscheid“, glaubt sie. Doch selbst, wenn die Regelungen zu einem neuen Quorum beim Volksentscheid wie geplant geändert werden, wären zu einer Änderung des Landtagswahlrechts rund eine Million Stimmen nötig. Leni Breymaier, stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Verdi-Bezirkschefin in Baden-Württemberg, nannte es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ein

geschlechtergerechteres Wahlsystem zu etablieren. „Dafür müssen nicht nur die Frauen selbst sorgen.“ Sabine Wölflé (SPD) äußerte sogar die Meinung, dass das bestehende Wahlsystem gegen die gesetzlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau verstoße.

Anderen weichen Fördermaßnahmen für Frauen wie Mentoringprogrammen erteilten die Frauen nahezu unisono eine Absage.

„Wir brauchen keine Mentoringprogramme für Frauen, und die Frauen müssen sich nicht verändern, sie sind schließlich nicht defizitär“, so Lösch. „Die Strukturen müssen verändert werden.“

Und auch Kultus-Staatssekretärin und

Gewerkschafterin Marion von Wartenberg (SPD) sagte: „Wenn wir als einziges Bundesland bei der Landtagswahl kein Listensystem haben, brauchen wir uns nicht wundern. Da können wir alle anderen Maßnahmen vergessen.“

„Es geht nur über eine Veränderung des Systems“

Auf den Punkt brachte es abschließend unter großem Applaus Sozialwissenschaftler Roth, der, nach seiner Handlungsempfehlung für Baden-Württemberg gefragt, sagte: „Es geht nur über eine Veränderung des Systems.“ Die maßgeblichen Adressaten dieser Botschaft saßen an diesem Abend allerdings nicht im Landtag.

Presseberichterstattung

Zollern-Alb-Kurier 19. Mai 2014



Ohne Quote ändert sich nichts

Noch immer sind Frauen in der Politik stark unterrepräsentiert - Landesfrauenrat plant rechtliche Schritte

Ob nach der Kommunalwahl mehr Frauen in den Gremien sitzen, bleibt abzuwarten. Ein Blick auf die Listen zeigt jetzt schon, dass sie weiter eine Minderheit sein werden. Der Landesfrauenrat plant zu klagen. von PETRA WALHEIM

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: In den 1101 Kommunen des Landes sind 38 Gemeinderäte frauenlos - und nur in dreien sind die Frauen in der Überzahl. Nach der Kommunalwahl 2009 lag der Frauenanteil in den Gemeinderäten bei 22 Prozent, in den Kreistagen bei nur 16 Prozent. Und das, obwohl die Frauen im Land mit 52 Prozent in der Überzahl sind.

Manuela Rukavina vom Landesfrauenrat nennt dieses Verhältnis "desaströs". Sie fordert dringend Strukturveränderungen in den Parteien und eine verpflichtende Quotenregelung. "Wo es eine Quote gibt, funktioniert es mit der paritätischen Besetzung der Listen." Nach der Wahl wird der Landesfrauenrat, der alle Frauenverbände im Land vertritt, vor allem auf die frauenlosen Gemeinderäte schauen. Sollten die weiter ohne weibliche Repräsentanz sein, erwägt der Dachverband juristische Schritte.

Ein Beispiel dafür, wie die Quote funktioniert, sind die Grünen: Sie haben sich schon vor 30 Jahren dazu verpflichtet, ebenso viele Männer wie Frauen aufzustellen. Das kann zwar bis heute nicht überall zu 100 Prozent umgesetzt werden, aber doch annähernd. Thekla Walker, Landesvorsitzende der Grünen, räumt ein, dass es in manchen Kommunen vor allem im ländlichen Raum nicht einfach ist, Frauen zur politischen Mitarbeit zu bewegen. "Man muss sich bemühen und anstrengen."

Doch ein Erfolg stellt sich dennoch ein: Der Frauenanteil bei den Kandidaten für die Kommunalwahl 2009 lag bei 46,7 Prozent, gewählt wurden 43,5 Prozent, so das Statistische Monatsheft.

Die Zahlen widerlegen auch eine der am häufigsten bemühten Erklärungen für den Frauenmangel, der sich auf kommunaler, Landes- und Bundesebene durch sämtliche politische Parlamente zieht: Frauen sollen demnach kein Interesse an Politik haben. "Das stimmt so nicht", sagt Sabine Keitel, Fachreferentin für Frauen und Politik bei der Landeszentrale für politische Bildung in Stuttgart. Frauen wollten in der Politik durchaus aktiv werden, bekämen aber oft nicht die Chance dafür. "Es liegt nicht an den Frauen, dass sie unterrepräsentiert sind. Es liegt daran, wie die Parteien mit ihnen umgehen, wie willkommen sie sind und wie stark sie eingebunden werden", sagt Keitel.

Für sie ist die zentrale Hürde: Sitzungen würden so gelegt, dass Frauen kaum daran teilnehmen können, da sie sich um die Familie kümmern müssen. Wenn es also keine Kinderbetreuung gebe und auf die Bedürfnisse der Frauen mit Familie gar nicht eingegangen werde, brauche man sich nicht zu wundern, wenn diese nicht kandidieren wollten.

Bei der SPD im Land ist die Quote ein Muss. Doch es gibt noch Nachholbedarf: Bei der Kommunalwahl 2009 waren 33,6 Prozent der Kandidaten Frauen, gewählt wurden 32,2 Prozent. Das zeigt wiederum, dass die Frauen, die kandidieren, auch gewählt werden und widerlegt ein weiteres, oft genanntes Argument für den Frauenmangel: dass Frauen nicht gewählt werden. Sie werden durchaus gewählt - wenn sie auf den Listen stehen.

Bei den bürgerlichen Parteien hapert es genau daran. Sie haben sich bis heute selbst keine Quote auferlegt. Das hat zur Folge, dass der Frauenanteil weit unter 50 Prozent liegt. Ausnahmen sind die größeren Städte wie Freiburg und Stuttgart. Annette Widmann-Mauz (CDU), Vorsitzende der Frauen-Union, erkennt trotzdem einen "äußerst positiven Trend": Auch in ländlichen Regionen steige der Frauenanteil. Im Ostalbkreis bei den Kreistagswahl-Listen von 17 auf fast 31 Prozent, in der Ortenau von 18 auf über 31 Prozent. Das zeige: "Das landesweite Projekt 'Frauen im Fokus' ist an der Basis angekommen."

Forts. S. 15

LANDTAGSWAHLRECHT ENDLICH REFORMIEREN!

Presseberichterstattung

Zollern-Alb-Kurier 19. Mai 2014



"Wir müssen den Frauen Mut machen und ihnen den Raum geben, sich zu präsentieren", sagt Judith Skudelny von der FDP. Die 38-Jährige ehemalige Bundestagsabgeordnete ist stellvertretende Landesvorsitzende, Landeschefin der Liberalen Frauen und sitzt seit zehn Jahren im Gemeinderat in Leinfelden-Echterdingen. Dort ist sie mit ihrer Arbeit so erfolgreich, dass die Frauen in der Überzahl sind. "Wir mussten in diesem Jahr Männer ansprechen, damit sie kandidieren", sagt sie. Aber das ist die Ausnahme.



Was weiter geschah ...

Landtagswahlrecht mit Liste in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe des Landtags kein Thema!

Das Listenwahlrecht wurde von den Grünen Ende März 2014 nochmals als Thema gesetzt. Es wird eindeutig abgelehnt von CDU, SPD und FDP. Das Thema „Liste“ wird nicht mehr bearbeitet. Der „Konsensvorschlag“ – eine symbolische gemeinsame Lösung – in benachbarten Wahlkreisen künftig gemeinsame Listen aufzustellen wird von den Grünen als zu minimal abgelehnt.

PARITÉ - DISKUSSION AUF BUNDESEBENE

Fachtagung: Parité jetzt! – Mehr Frauen in die Parlamente

am 30.04.2014 in Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin

Bericht von Dorothea Maisch

Das Bundesfamilienministerium hat den dringenden Handlungsbedarf zur Steigerung der politischen Partizipation und Präsenz von Frauen in den Parlamenten erkannt und richtete erstmals eine Fachtagung auf Bundesebene aus. Dies machte Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ gleich bei Ihrer Begrüßung deutlich. Bisher fehlen jedoch von allen Parteien die notwendigen Entscheidungen, um 65 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes die strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Parlamente ein Spiegelbild unserer Gesellschaft sind.

Dr. Helga Lukoschat, Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführerin der EAF Berlin, Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, sowie Geschäftsführerin der Femtec GmbH stellte die geringe Beteiligung der Frauen in den deutschen Parlamenten dar. Einen besonderen Handlungsbedarf sieht sie in der Veränderung der Kommunalwahlrechte. Die derzeit kontrovers geführte Debatte zeigt, dass das Thema angekommen ist. Dr. Lukoschat unterstreicht die Vorreiterrolle der Landesfrauenräte Baden-Württemberg und Saarland.

Eine wichtige Forderung der Resolution 2013 des Deutschen Frauenrates „Frau-

en ist ebenso wie Männern der gleiche Zugang zu Mandaten zu ermöglichen“ macht die noch immer defizitäre Situation in Deutschland deutlich.

Prof. Drude Dahlerup von der Universität Stockholm ist eine der wichtigsten Protagonistinnen der internationalen vergleichenden Gender-Forschung mit dem Schwerpunkt Frauenrepräsentanz und Quotenregelung in politischen Systemen. „Ein Parlament, das nicht genügend Frauen repräsentiert ist nicht demokratisch“, so bringt es Prof. Dahlerup auf den Punkt, „doch Quoten sind umstritten, weil sie wirken“.

Prof. Dahlerup beschreibt die unterschiedlichen Möglichkeiten einer Quotenregelung und setzt deren Wirksamkeit in Abhängigkeit zum jeweiligen Wahlsystem. Beide Komponenten müssen aufeinander abgestimmt sein, um den gewünschten Erfolg zu erzielen.

86 Länder haben Wahlquotierungen in ihrer Verfassung oder Wahlgesetzen eingeführt. In circa 35 weiteren Ländern machen politische Parteien Gebrauch von freiwilligen Parteiquoten für ihre Wahllisten * (Quelle www.quotaproject.org).

Der Strategie muss eine exakte Analyse vorausgehen, um passgenaue Konzepte zu erarbeiten und strukturelle Veränderungen auf den Weg zu bringen. Die Rolle

der politischen Parteien ist dabei wesentlich.

„Die politischen Parteien haben die Macht, die historische Unterrepräsentanz von Frauen zu verändern“, so Prof. Dahlerup.

„Die Diskussionen in Frankreich zum Parité Gesetz haben nicht endlos gedauert“, beschreibt Prof. Dr. Birgit Meyer von der Hochschule Esslingen die Ausgangssituation. In Frankreich gab es keine Forderung nach einer Quote, sondern die „Forderung nach einer Gleichheit der Repräsentanz“.

Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski, Rechtswissenschaftlerin der Uni Kassel beschäftigt sich mit der Übertragbarkeit des Parité-Gesetzes auf Deutschland. Für sie ist die Quotenregelung unabdingbar. „Mangelnde paritätische Besetzung der Parlamente begünstigt „ungleichberechtigte“ politische Entscheidungen und Gesetze“, so Prof. Laskowski. Durch das Parité Gesetz in Frankreich ist dort nicht nur die Wahlbeteiligung angestiegen, sondern auch der Frauenanteil in den Parlamenten sprunghaft nach oben geschneit.

„Liberté – Egalité – Parité“
(Zitat Prof. Dalerup)

STIMMEN AUS LFR-MITGLIEDSVERBÄNDEN

Frauenunion der CDU Baden-Württemberg: Von Schöntal 2013 zur Kommunalwahl 2014

von Annette Widmann-Mauz MdB, Vorsitzende

Fast anderthalb Jahre ist es nun her, dass die CDU Baden-Württemberg die Schöntaler Erklärung verabschiedet hat. Ihr Ziel: Frauen(politik) in der CDU nachhaltig zu stärken. Sie ist für uns deshalb weit mehr als eine Absichtserklärung, sondern vielmehr ein landesweiter Auftrag: Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch für eine intensivere Beteiligung von Frauen in unserer Partei und den Parlamenten. Unsere Überzeugung: Ohne Frauen funktioniert die CDU nicht als Volkspartei – weder thematisch noch personell.

Im vergangenen Jahr führten die CDU Kreisverbände landesweit Veranstaltungen zur Initiative „Frauen im Fokus“ durch. Die dieser Initiative zugrunde liegenden Umfrageergebnisse sagen klar: Wir müssen dringend wieder attraktiver für Frauen werden. Denn Wahlen gewinnt man schließlich nur mit Frauen: Die Analyse zur Landtagswahl 2011 zeigte, dass wir in der Altersgruppe zwischen 30 und 45 Jahren deutlich an Zuspruch von Frauen verloren hatten, aber auch bei den Frauen zwischen 45 und 59 Jahren nicht mehr stärkste politische Kraft waren. Für uns heißt es deshalb, Konsequenzen für unsere praktische politische Arbeit zu ziehen. Denn die CDU muss in der Lebenswirklichkeit der Menschen ankommen, – in der Mitte unserer Gesellschaft.

Bundestagswahl 2013

Schon bei der Bundestagswahl 2013 ist uns das hervorragend gelungen. Die CDU Baden-Württemberg fuhr ein fulminantes Ergebnis ein. Mit der Mütterrente und dem Ausbau der Kinderbetreuungsplätze im U3 Bereich traf sie den Zahn der Zeit: Angaben des Statistischen Landesamts zufolge gaben 48,8 Prozent der Frauen ihre Zweitstimme den Christdemokraten. Zum Vergleich: Bundesweit hatten 44 Prozent der Frauen die Union gewählt. Diese Zahlen zeigen, die Frauen in Baden-Württemberg stehen der Union und ihren Themen keinesfalls neutral gegenüber – sie stehen hinter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und ihrer werte- und zukunftsorientierten Politik.

Mit dem insgesamt so erfolgreichen Abschneiden der CDU im Land stellte sich aus frauenpolitischer Sicht noch ein weiterer äußerst positiver Effekt ein. Neben den direkt gewählten Abgeordneten Karin Maag, Annette Schavan und Annette Widmann-Mauz konnten mit Gabriele Schmidt, Nina Warken, Margaret Horb und Kordula Kovac vier weitere Frauen über die Landesliste in das Parlament einziehen. Der Frauenanteil in der Berliner CDU-Landesgruppe hat sich damit deutlich erhöht. Ein Fakt, der den Frauen in der Partei gut tut und sie weiter ermutigt.

Mehr Frauen in die Parlamente

Die Frauen Union Baden-Württemberg unterstützt deshalb auch die Forderung des Landesfrauenrats „Mehr Frauen in die Parlamente“. 2013 setzte sich die CDU Baden-Württemberg in Schöntal zum Ziel, 2014 bei den Kommunalwahlen Frauen und Männer möglichst in gleicher Zahl aufzustellen. Einleuchtend, denn nur wer auf der Liste steht, kann auch gewählt werden.

Bei den Nominierungen zeichnete sich insgesamt ein äußerst positiver Trend bei den Frauenkandidaturen ab. Und das keineswegs nur in den größeren Städten wie Freiburg (Frauenanteil CDU-Liste 2014: 50 %) oder Stuttgart (Frauenanteil CDU Liste 2014: 47 %), wo der Frauenanteil bei den CDU-Gemeinderatswahllisten 2009 noch bei jeweils 33 Prozent lag. Auch in ländlicheren Regionen wie z.B. dem Ostalbkreis stieg der Frauenanteil bei den Kreistagswahllisten beispielsweise von 17 auf fast 31 Prozent und in der Ortenau von 18 auf über 31 Prozent. Das zeigt: Das landesweite Projekt „Frauen im Fokus“ ist an der Basis angekommen. Auch wenn es nicht überall gelang, unter CDU-Flagge Frauen und Männer paritätisch aufzustellen: Unsere Zielvorgaben und Quoren haben jedenfalls viel zur besseren Repräsentanz von Frauen und ihren Anliegen in- und außerhalb der Partei beigetragen.

Kommunalwahl 2014

Wie fiel anschließend das Votum der Wählerinnen und Wähler aus? Vergleicht

man die CDU mit den Regierungsparteien im Land, so hat die CDU prozentual bei den gewählten Frauen in Gemeinderäten mit 2,2 % den stärksten Zuwachs gegenüber 2009 zu verzeichnen (SPD: 1,2 %, GRÜNE: 1,0%); demgegenüber relativ mager fällt mit 1,3 Prozent jedoch der Zuwachs der CDU bei den gewählten Frauen in den Kreistagen aus (SPD: 1,7 %, GRÜNE: 2,4%).

Auch wenn das Wählervotum landesweit noch ein besseres Ergebnis für unsere Frauen hätte bringen können, darf man bei den Zahlen allerdings auch nicht unbeachtet lassen: Es gibt einzelne Kommunen und Kreise, in denen Frauen in den CDU-Fraktionen einen starken Zuwachs zu verzeichnen haben. Im Zoller- oder Schwarzwald-Baar-Kreis stieg der Anteil der CDU-Frauen im Kreistag gegenüber 2009 jeweils um 11 %, in den Landkreisen Rhein-Neckar und Reutlingen um jeweils 9 % und in Calw um weit über 6 %, um nur einige Beispiele zu nennen. Bei der regionalen Verteilung fällt auf: Eine starre Unterteilung in eher ländliche oder eher urbane Räume kann nicht vorgenommen werden. Das wäre schlichtweg falsch.

Landtagswahl 2016

Und trotz aller Fortschritte müssen wir uns eingestehen: Wir haben unser Ziel noch nicht erreicht. Bis zur Landtagswahl 2016 gibt es noch viel zu tun. Aus den guten Beispielen lernen und beharrlich bleiben. Denn wir haben starke Frauen in unseren Reihen: Allein die Wahl von Margret Mergen zur Oberbürgermeisterin von Baden-Baden oder die Wahl von Stefanie Bürkle zur Landrätin im Landkreis Sigmaringen können uns Mut machen. Wir müssen noch stärker auf unsere Frauennetzwerke und unsere Expertise setzen. Und nicht in Resignation verfallen: Seit der Schöntaler Erklärung sind gerade einmal anderthalb Jahre vergangen. Mit effizienter Arbeit und Beharrlichkeit in der Vertretung unserer Interessen können wir zwar keine Wunder, aber eine deutliche Verbesserung der Repräsentanz von Frauen in unserer Partei erreichen. Der erste Schritt ist getan. Weitere müssen folgen.

STIMMEN AUS LFR-MITGLIEDSVERBÄNDEN

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Baden-Württemberg: Mehr Frauen in den Landtag! Kampagne „70 Wahlkreise – 70 Frauen!“

Die AsF Baden-Württemberg stellte im April 2014 auf einer Pressekonferenz ihre Kampagne „70 Wahlkreise – 70 Frauen!“ vor. Die Kampagne entstand mit dem festen Willen den Frauenanteil im baden-württembergischen Landtag zu erhöhen und nachdem absehbar war, dass die grün-rote Landesregierung trotz ihrer Mehrheit keine Wahlrechtsreform auf den Weg bringen wird.

„Heute kann ich hier stolz verkünden: In jedem der 70 Landtagswahlkreise wird eine SPD-Frau eine Kandidatur für den Landtag anstreben!“, eröffnete die AsF-Landesvorsitzende Anette Sorg die Pressekonferenz.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen machte deutlich, dass sie die Forderungen nach Alternativen zu einer Wahlrechtsreform sorgfältig geprüft habe und dies die einzige logische Konsequenz sei, um den Frauenanteil effektiv zu erhöhen und endlich Parität herzustellen. „Wir als SPD werden zeigen, dass wir den Kampf um Gleichstellung weiterhin sehr ernst nehmen und als AsF hoffen wir in der kommenden Legislaturperiode weitestgehend Frauen in den Landtag

entsenden zu können. Selbstverständlich hätten wir eine Reform des Wahlrechts vorgezogen, nahmen aber auch den Arbeitsauftrag an uns sehr ernst, wirksame Alternativen hierzu zu entwickeln“, so der AsF-Landesvorstand.

Als nächster Schritt werden gegen Ende des Jahres in allen Wahlkreisen Frauenkonferenzen stattfinden, auf denen sich die örtliche Kandidatin vorstellen wird. Die Liste der Kandidatinnen wird solange vertraulich behandelt. Der SPD-Landesverband signalisierte jedoch bereits jetzt eine breite Unterstützung der AsF-Kampagne. „Wir überlegen uns gerade, wie der Landesverband weibliche Kandidierende im Wahlkampf finanziell besonders unterstützen kann, um einen weiteren Anreiz in den Wahlkreisen zu schaffen, eine Frau zu nominieren“, sagte ein Landesvorstandsmitglied.

Positive Signale sendete auch der Führungskreis der SPD-Landtagsfraktion. Aus ihren Reihen war zu hören, dass sie Kandidaturen von Frauen mit aller Kraft unterstützen werden. Vor allem in Wahlkreisen, wo kein Mann kandidiert und die Wahlaussichten gering sind.

ASF-Pressemitteilung vom 01.04.2014

ASF Bundesverband: Überfällig: Eine Kommissarin für Gleichstellungspolitik und eine paritätisch besetzte Kommission

Zu den Ergebnissen der Europawahl erklärte die Bundesvorsitzende der ASF, Elke Ferner: Die SPD zieht mit 27 Mandaten – 13 Frauen und 14 Männern gestärkt in das neugewählte Europäische Parlament ein. Die ASF freut sich besonders, dass die stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende Evelyne Gebhardt wieder ins Europaparlament gewählt wurde und so ihre erfolgreiche Arbeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern fortsetzen kann.

Dem „Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter“ im Europäischen Parlament fehlt das Pendant einer Kommissarin für Gleichstellungspolitik in der Europäischen Kommission. Die Kooperation zwischen nationaler Gleichstellungspolitik, dem zuständigen Ausschuss im Europäischen Parlament sowie der Europäischen Kommission mit der Reputation einer dafür benannten Kommissarin wäre nicht nur EU-intern ein großer Schritt nach vorn, sondern auch in der gezielten Einflussnahme auf die Gleichstellungspolitik internationaler Organisationen wie UN Women. Zudem fordert der ASF-Bundesvorstand, die neue europäische Kommission paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen.

Quelle: ASF-Pressemitteilung 02.06.2014

WAHL-NACHLESE

PARTEIPRÄFERENZEN - Befunde des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Von den Stimmen der Frauen der jeweiligen Altersgruppen entfielen bei der LT-Wahl 2011 auf die Parteien (in %)

Altersgruppe	GRÜNE %	SPD %	CDU %	FDP %
18-24 J	31,9	24,8	28,3	3,8
25-34 J	31,4	20,7	33,3	4,6
35 - 44 J	35,7	18,2	32,8	4,7
45-59 J	34,0	22,3	31,6	4,5
60 - 69 J	19,2	26,2	44,0	5,5
70 und mehr	11,2	24,9	55,6	5,2

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Parteipräferenzen von Frauen und Männern gleichen sich an

Seit den Landtagswahlen der 1970er-Jahre ist – von Ausnahmen abgesehen – eine immer stärkere Angleichung der Wahlentscheidungen von Männern und Frauen zu beobachten. So gaben bei der Landtagswahl 2011 39,3 % der Frauen und 38,7 % der Männer der CDU ihre Stimme. Für die SPD stimmten 22,9 % der Frauen und 23,4 % der Männer und bei den Liberalen machten 4,8 % der Frauen und 5,8 % der Männer ihr Kreuz. Etwas größer waren die Unterschiede hinsichtlich der Stimmabgabe für die GRÜNEN. So wählten 26,1 % der Baden-Württembergerinnen, jedoch nur 22,2 % der Baden-Württemberger die GRÜNEN.

Parteipräferenzen der Generationen unterschiedlich

Landtagswahl 2011: In den Altersgruppen bis 59 Jahre verteilen sich jeweils über 60 % der Frauenstimmen relativ gleichmäßig auf GRÜNE und CDU. Erst in den Altersgruppen ab 60 Jahre gibt es eine deutliche Bevorzugung der CDU gegenüber GRÜNEN und SPD. Die FDP verdankt ihren Einzug in den Landtag eher den Männern.

FRAUEN IN PARLAMENTEN WELTWEIT

Weltrangliste der Vertretung von Frauen in Parlamenten

Stand: 1. April 2014

1. Platz: Ruanda, 21. Platz: Deutschland

Von den 189, durch die Interparlamentarische Union¹ klassifizierten Länderparlamenten erreichen 38 einen Frauenanteil von mindestens 30 %.

Rang	Land	Wahljahr	Lower or single House			Upper House or Senate		
			Sitze*	Frauen	in %	Sitze*	Frauen	in %
1	Ruanda	9/2013	80	51	63.8%	26	10	38.5%
2	Andorra	4/2011	28	14	50.0%	---	---	---
3	Cuba	2/2013	612	299	48.9%	---	---	---
4	Sweden	9/2010	349	157	45.0%	---	---	---
5	South Africa	4 2009	400	179	44.8%	53	18	34.0%
6	Seychelles	9/2011	32	14	43.8%	---	---	---
7	Senegal	7/2012	150	65	43.3%	---	---	---
8	Finland	4/2011	200	85	42.5%	---	---	---
9	Nicaragua	11/2011	92	39	42.4%	---	---	---
10	Ecuador	2/2013	137	57	41.6%	---	---	---
11	Belgium	6/2010	150	62	41.3%	71	28	39.4%
12	Iceland	4/2013	63	25	39.7%	---	---	---
„	Spain	11/2011	350	139	39.7%	266	89	33.5%
13	Norway	9/2013	169	67	39.6%	---	---	---
14	Mozambique	10/2009	250	98	39.2%	---	---	---
15	Denmark	9/2011	179	70	39.1%	---	---	---
16	Netherlands	9/2012	150	58	38.7%	75	27	36.0%
17	Timor-Leste	7/2012	65	25	38.5%	---	---	---
18	Mexico	7/2012	500	187	37.4%	128	44	34.4%
19	Angola	8/2012	220	81	36.8%	---	---	---
20	Argentina	10/2013	257	94	36.6%	72	28	38.9%
21	Germany	9/2013	631	230	36.5%	69	19	27.5%

Zu den Daten: erstellt von der Inter-Parliamentary Union auf der Basis der Informationen, die die Nationalen Parlamente zum Stand 1. April 2014 übermittelt haben. www.ipu.org/wmn-e/classif.htm

¹ Die Interparlamentarische Union (IPU), die seit 1921 ihren Sitz in Genf hat, ist die internationale Vereinigung der Parlamente. Sie wurde bereits 1889 gegründet und ist somit die älteste internationale politische Organisation.

Ziel der IPU ist es,

- die Kontakte, die Koordination und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten und deren Mitgliedern aller Länder zu fördern;
- Fragen von internationalem Interesse betreffend Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Frauen in der Politik, Bildung, Wissenschaft und Kultur zu erörtern, um dadurch einzelne Parlamente und Ratsmitglieder zu konkreten Massnahmen zu veranlassen;
- zur Förderung von Schutz und Achtung der Menschenrechte - ein zentraler Faktor für die parlamentarische Demokratie und die Entwicklung - und des humanitären Rechts beizutragen, insbesondere zum Schutz der Menschenrechte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier;
- zu einem besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen beizutragen und deren Entstehung und Fortbildung zu unterstützen.

aus: www.parlament.ch/d/organe-mitglieder/delegationen/interparlamentarische-union/seiten/default.aspx

„Frauen in der Politik – Landkarte 2014“

Das Handelsblatt – Ausgabe

12.03.2014 – berichtete:

Laut der Studie „Frauen in der Politik – Landkarte 2014“, die gemeinsam von der Interparlamentarischen Union (IPU) und den UN-Frauen erstellt wurde, stieg der Anteil der Frauen in Parlamenten im vergangenen Jahr um 1,5 auf 21,8 Prozent – der bislang höchste erfasste Stand aller Zeiten.

Auch die Zahl der Ministerinnen stieg deutlich – von 14,3 Prozent im Jahr 2005 auf mittlerweile 17,2 Prozent. Dabei besetzen Frauen immer häufiger auch andere Ressorts als Gesundheit, Familie und Frauenfragen. So gibt es mittlerweile weltweit 14 Verteidigungsministerinnen und 45 Ministerinnen für Äußeres und internationale Beziehungen.

Dagegen habe es einen leichten Rückgang bei den Staats- und Regierungschefinnen gegeben – von 19 auf 18.

John Hendra, stellvertretender Direktor der Organisation UN-Frauen, verwies darauf, dass Frauen noch immer zahlreiche Hürden überwinden müssten, um politisch erfolgreich zu werden – darunter Vorurteile, kulturelle Einstellungen oder etwa mangelhafte finanzielle Unterstützung. Um die Zahl von Frauen in den Parlamenten zu erhöhen, hätten sich einige Sondermaßnahmen ausgezahlt, sagte er und nannte Quoten, reservierte Parlamentssitze und freiwillige Selbstverpflichtungen von Parteien, den Anteil von Frauen zu erhöhen.

Im Jahr 2013 gab es den größten Zuwachs von Frauen in der Politik in der arabischen Welt. Gründe lägen in den geänderten politischen Verhältnissen in vielen Ländern, zum anderen in dem Druck, der vom Volk für solche Veränderungen ausgeübt werde. In Saudi-Arabien gebe es mittlerweile 20 Prozent Frauen im Parlament, nachdem der König eine entsprechende Quote angekündigt und weibliche Abgeordnete benannt habe. Auch Jordanien habe eine Frauenquote eingeführt.

Die höchsten Frauenanteile gibt es laut IPU-Bericht im Unterhaus von Ruanda mit 63,8 Prozent. Ganz unten stehen Mikronesien, Palau, Katar und Vanuatu, wo überhaupt keine Frau im Parlament vertreten ist.

FRAUEN IN PARLAMENTEN WELTWEIT

Frauen in Parlamenten in Afrika

Südafrika: Die Wahlen 2014 aus feministischer Perspektive.

„Rechtlich gleich, praktisch ungleich“ bringt die Autorin Helen Johnston des o.g. Artikels die Situation für Frauen in Südafrika auf den Punkt. Die Heinrich-Böll-Stiftung, die mit Büros u.a. in Kapstadt vertreten ist, veröffentlichte am 8.5.2014 ¹ ihr ausführliches Dossier. Auszug
Im internationalen Vergleich gehört das Parlament Südafrikas was Geschlechtergerechtigkeit angeht zu den Spitzenreitern, denn der Frauenanteil beträgt beinahe 50 Prozent. Entsprechend könnte angenommen werden, dass die Parteien in Frauen eine wichtige Wählergruppe sehen. Die starke Präsenz und Teilhabe von Frauen am politischen Leben hat jedoch zu keiner merklichen politischen Veränderung geführt. Grundlegende Reformen in Sachen Geschlechtergleichheit gelten als nachrangiges Thema und stehen im Schatten der

Debatten über Rasse, Armut, Klasse und Wachstum.(...)

Rechtlich mögen Frauen in Südafrika zwar gleichgestellt sein, dennoch ist klar, dass sich sehr viele Frauen in Südafrika nicht sicher fühlen und die zahlreichen Menschen-, sozialen und wirtschaftlichen Rechte, die ihnen gemäß der Verfassung zustehen, nicht ausüben können. (...)

Was den Frauenanteil betrifft, fällt auf, dass in allen vier Parteien unter den zehn höchstplatzierten Abgeordneten Männer immer noch in der Überzahl sind. Bei der EFF sind unter den zehn Top-Kandidaten drei Frauen, bei Agang sind es vier, bei der DA und dem ANC drei. Insgesamt sind somit nur 13 der 40 Top-Kandidaten Frauen. Zwar werden die DA und Agang von Frauen geführt, doch auch bei ihnen sind Frauenfragen kein Spitzenthema.

(...)

Was können Feministinnen tun?

Die Parteien tun zu wenig, um geschlechterspezifische Ungleichheit zu bekämpfen und im Wahlkampf spielt das Thema eine

nachgeordnete Rolle. Während bei einigen Parteien Frauen an der Spitze stehen und geschlechterspezifische Gewalt thematisiert wird, werden strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern kaum behandelt und es fehlt das Bewusstsein dafür, dass Frauenfragen für eine aufstrebende Demokratie von entscheidender Bedeutung sind. Meist werden Geschlechterfragen und Frauenrechte mit anderen Themen verquickt, wodurch sich nur schwer ermitteln lässt, welche Veränderungen Frauen und ihren Rechten helfen könnten. Jene Partei, die am besten versteht, wobei es bei der Ungleichheit der Geschlechter geht, ist eben die, von der weder eine gute Regierungsführung noch eine nachhaltige Genderpolitik zu erwarten ist. Bei den anstehenden Wahlen, würde ich gerne erleben, dass eine Partei gegründet wird, die die Rechte von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter zum Kern ihres Programms macht. Gelingen kann das nur, wenn Feministinnen es schaffen, eine lautstarke, eigenständige Wählerbasis zu mobilisieren.

1 unter www.boell.de/de/2014/05/08/wahlen-2014-suedafrika-stimmen-fuer-den-wandel)

Benin:

Gründung einer regionalen Frauen-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung

Unternehmerinnen, Finanzexpertinnen, Soroptimistinnen, hochrangige Parteivertreterinnen – so vielfältig waren die Talente und Perspektiven der Teilnehmerinnen der ersten Ausgabe der regionalen Frauenakademie, die vom 16. bis 19. Dezember 2013 in Grand-Popo (Benin) unter der Leitung von Elke Erlecke, Direktorin des KAS-Büros in Cotonou, stattfand. Die intensiven Diskussionen mündeten in die „Erklärung von Grand-Popo“, in der sich die Unterzeichnerinnen für mehr gegenseitige Solidarität und Unterstützung unter Frauen stark machen, um in der traditionell stark männerdominierten Politik und Gesellschaft Westafrikas als wichtige Akteurinnen wahr- und ernst genommen zu werden.

www.kas.de/westafrica/de/publications/36923/

Kontakt: Politischer Dialog in Westafrika, Leiterin Elke Erlecke
 secretariat.benin@kas.de

„Women Empowerment in Parlamenten in Afrika“

Auszüge aus einem Bericht des Parlaments der Republik Österreich¹.

Der Frauenanteil in Parlamenten nimmt weltweit zu. Vorbildcharakter haben dabei auch afrikanische Länder südlich der Sahara, wie der im Westen gelegene Staat Senegal mit einer Frauenquote von bis zu 43 %. Dennoch besteht weiterhin in Afrika, in Europa und in der ganzen Welt Handlungsbedarf, um Frauen als Führungspersönlichkeiten und Fürsprecherinnen in der Politik zu stärken. Es gibt heute noch gesetzliche, administrative und soziokulturelle Hürden, die Frauen daran hindern, angemessen mitwirken zu können.

Vor diesem Hintergrund lud die österreichische Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gemeinsam mit der österreichischen Sektion von AWEPA (Vereinigung europäischer und afrikanischer ParlamentarierInnen) im Rahmen des Projekts Parlamentarischer Nord-Süd Dialog im Juni 2013 zur Veranstaltung "Women Empowerment in Parlamenten in Afrika" in das österreichische Parlament ein. Für Prammer steht außer Zweifel, dass der Anstieg des Frauenanteils Quotenregelungen zu verdanken ist und diese in Zukunft noch vehementer einzufordern sind. Trotzdem liegen viele Stolpersteine für weibliche Politikerinnen weit vor dem Eintritt ins Parlament. Die Veranstaltung bot eine Plattform, Problemstellungen und Fragen hinsichtlich der Partizipation von Frauen in der Politik mit afrikanischen Parlamentarierinnen, AWEPA-Verantwortlichen sowie österreichischen Abgeordneten zum Nationalrat zu erörtern und von Best-Practice-Beispielen zu lernen. Denn eines ist für Prammer evident: "Frauen, die die gläserne Decke durchbrochen haben, sind verpflichtet, andere Frauen mitzunehmen".

Vorgestellt wurde u.a. die Studie "Women Empowerment in Parliaments and Parties in Africa". Des weiteren stand die Stärkung der Frauen in der Politik mit dem Titel "Woman Empowerment – Stärkung der Stellung weiblicher Abgeordneter in Afrika" im Vordergrund. Österreich liegt mit knapp 29 % Frauenanteil auf Platz 31 der Weltrangliste.

¹ Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 506 vom 10.06.2013

DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

Wie wir selbstbestimmt altern – diese Frage stand im Mittelpunkt der Beratungen der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates am 16. Mai 2014 in Stuttgart und bei der anschließenden öffentlichen Tagung, zu der der Landesfrauenrat neben den Vertreterinnen seiner Mitgliedsverbände weitere interessierte Frauen eingeladen hatte. So fanden sich auch zahlreiche aktive Frauen aus Kreis- und Ortsseniorenräten ein und nutzten insbesondere die Diskussionsforen des World-Café um ihre eigenen, aus weiblicher Lebenserfahrung gewonnenen Erwartungen und Ansprüche zu formulieren.

Wir dokumentieren nachfolgend die Ergebnisse, die wir auch in die Neuausrichtung der Seniorenpolitik des Landes Baden-Württemberg „eingespeist“ haben.

RESOLUTION

Geschlechter- und Frauenpolitik in die Neuausrichtung der „SeniorInnen“-Politik des Landes

Einstimmig beschlossen von der Delegiertenversammlung des Landesfrauenrats am 16.05.2014

Der Landesfrauenrat Baden-Württemberg begrüßt grundsätzlich die Neuausrichtung der SeniorInnenpolitik des Landes mit dem verstärkten Blick auf das Wissen, die Fähigkeiten, den Bedarf und die Bedürfnisse von älteren und alten Menschen. Da Altern immer auch ein geschlechtsbezogen differenzierter Vorgang ist, muss in der „SeniorInnen“-Politik das Geschlecht der älter werdenden Menschen angemessen einbezogen werden. Daher fordert der Landesfrauenrat die Landesregierung und den Landtag Baden-Württemberg sowie Träger der Altenhilfe und weitere Organisationen im Bereich der SeniorInnenpolitik sowie der geriatrischen Forschung auf:

- Die Strategie des Gender Mainstreaming in Analyse, Maßnahmenentwicklung, bei Beteiligungsprozessen und in der Mittelvergabe, z.B. für Projekte umzusetzen.
- Frauen als aktive Gestalterinnen ihrer Altersbilder, ihrer Lebensformen und ihrer politischen Repräsentanz in den Beteiligungsprozessen vor Ort und landesweit aktiv einzubeziehen.
- Der Diversifizierung der Lebenslagen älterer Frauen Rechnung zu tragen und Mehrfachdiskriminierungen bei älteren und alten Frauen verstärkt entgegen zu wirken.
- In Forschung und Lehre eine gendersensible Gerontologie und Geriatrie zu verankern und personell und finanziell entsprechend auszustatten.

Als Frauenverbände treten wir unmittelbar ein:

- Für das Sichtbarsein und das sichtbar Werden von älteren und alten Frauen.
- Für das Recht über unsere Zukunft als alternde Frauen, unsere Bilder des Alterns und unsere Lebensumstände selbst zu bestimmen und über die politisch setzenden Rahmenbedingungen mit zu entscheiden.

- Für die Selbstorganisation alternder und alter Frauen.

Wir verweisen auf wesentliche Fakten und Befunde der Altersforschung: Auch in Baden-Württemberg zeigt die demografische Entwicklung eine „Feminisierung des Alters“: rund ein Fünftel der Bevölkerung des Landes ist 65 Jahre und älter.

Der 6. Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Schwerpunkt „Altersbilder in der Gesellschaft“ (2010) stellt u.a. fest: „Durch ihren engen Bezug zur Körperlichkeit haben Altersbilder immer auch eine geschlechts-spezifische Dimension. (...) Auch das höhere Lebensalter wird durch die Konstruktion von „Gender“ als dem sozialen Geschlecht geprägt. Aus diesem Grund ist es wichtig, Altersbilder von Männern und von Frauen zu erfragen. ...“ Im Kontext des Alter(n)s können sich aus den Unterschieden in der geschlechtsspezifischen Fremdbildkonstruktion Ungleichheiten ergeben.

Im politischen Diskurs, in Fachverbänden, in der Wissenschaft und in der Lehre in Baden-Württemberg wird diesen Gesichtspunkten und ihren Folgen zu wenig Aufmerksamkeit zuteil. Im Extremfall sind ältere und alte Frauen unsichtbar.

Die Lebenswelten von Frauen und Männern unterscheiden sich mit zunehmendem Alter.

Durch tradierte Geschlechterrollen geprägte Lebensentscheidungen (wie Wahl eines älteren Partners, berufliches Zurückstecken zugunsten der Familie) und strukturelle Diskriminierungen, etwa auf dem Arbeitsmarkt, führen in Verbindung mit einer durchschnittlich höheren Lebenserwartung der Frauen zu spezifischen Lebenslagen. Hinzu kommen deutlich

geschlechtsspezifisch differenzierte Selbst- und Fremdbilder des Alterns mit Auswirkungen auf das persönliche Befinden und etwa das Gesundheitsverhalten.

Altersarmut ist vornehmlich ein Problem von Frauen, die mit Teilzeitarbeit und in schlecht bezahlten Frauenbranchen zu geringe Rentenansprüche erworben haben. Die mit materieller Armut verbundenen Einschränkungen gesellschaftlicher Teilhabe betreffen Frauen weitaus häufiger als Männer. Wirtschaftliche Ressourcen bestimmen auch den Zugang zum Gesundheitssystem; ungenügende wirtschaftliche Ressourcen können dazu beitragen, dass Alternsprozesse früh- und vorzeitig zu Abhängigkeit führen.

Frauen im Alter wohnen eher und oft unfreiwillig allein. Im höheren Alter und bei Pflegebedürftigkeit wohnen Frauen eher in Heimen. (2009 – 3,2% der Seniorinnen gegenüber 1,5% der Senioren über 60 Jahren.) Sie sind in größerem Maße auf professionelle Hilfe bei Pflegebedürftigkeit angewiesen als Männer.

Generationenbeziehungen im Alter sind in der Tendenz stärker Mütter-Tochter/Sohn-Beziehungen.

Engagement im Umfeld der Familie und Nachbarschaft und innerfamiliäre Sorgearbeit wird eher von Frauen erwartet und geleistet als von Männern. Mehr Frauen als Männer im noch erwerbsfähigen Alter sehen sich vor der Aufgabe der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und privater Sorgetätigkeit. Das heißt, die familiäre, ehren- und hauptamtliche Pflege mit den bekannten oft prekären Arbeitsbedingungen ist weitestgehend ein Frauenthema. Ab der Altersgruppe 60 Jahre gibt es mehr weibliche als männliche Wahlberechtigte. Unter den weiblichen Wahlberechtigten stellen Wählerinnen über 60 J rd. 37%.

DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

Fachtag des Landesfrauenrats am 16. Mai 2014 in Stuttgart

Wie wir selbst bestimmt altern ... Impulse zur Seniorinnen-Politik in Baden-Württemberg

Einführung Angelika Klingel**Erste Vorsitzende Landesfrauenrat**
(Auszug)

Wann ist eine Frau eine „ältere Frau“, wann wird sie von einer „älteren“ zu einer „alten Frau“?

Die zugerufenen Altersangaben differieren: ab 40, ab 60, ab 65, ab 75 ...

Ein Ziel dieser Tagung ist alternde Frauen sichtbar zu machen.

Ältere unter uns, die den Aufbruch der neuen Frauenbewegung miterlebt und vielleicht mitgetragen haben, mögen sich fragen: Ist das nicht überholt? Weil Frauen doch allerorten sichtbar sind?

So warb das Land Baden-Württemberg (2011) in großen Zeitungsanzeigen mit dem Slogan:

„Bei uns haben Frauen mehr vom Leben. Nämlich durchschnittlich 83,3 Jahre.“

Und: *„Baden-Württemberg ist das Paradies für alle Frauen: Hier leben sie am längsten und am glücklichsten. Das sagen mehrere Studien ...“*

Inzwischen wird dieser Slogan nicht mehr verwendet – jetzt heißt es:

„Egal ob Mann oder Frau, in Baden-Württemberg leben Sie statistisch gesehen ein Jahr länger als im Bundesdurchschnitt.“¹

Sichtbarkeit gilt gerade für ältere, alternende Frauen nur bedingt. Statistisch bilden Frauen die Mehrheit in der Altersgruppe der über 60-jährigen. In den politischen Entscheidungsstrukturen des Landes fallen nicht die Frauen auf, sondern ihre gravierende Unterrepräsentanz; der Frauenanteil im Landtag ist der niedrigste unter den Bundesländern, auch in den Kommunalparlamenten ist Baden-Württemberg Schlusslicht.

Beim Gender Pay Gap fällt auf, dass er in BW im Vergleich der Bundesländer am höchsten ausfällt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – BAGSO – hat im April 2001 eine Resolution mit dem Titel „Chancengleichheit für ältere Frauen in Politik und Gesellschaft“ verabschiedet. Dieses Dokument ist bis heute auf der Seite der BAGSO das Hauptdokument,

wenn wir unter dem Stichwort „Frauen“ suchen. Weil es unvermindert gilt?

Weil das Thema seitdem in Vergessenheit geraten ist?

Eine Feststellung der Resolution, die auf den Ergebnissen der gleichnamigen europäischen Konferenz von 2001 beruht, lautet:

„Insbesondere fehlt es an öffentlicher Aufmerksamkeit für die spezifischen Probleme älterer Frauen, obwohl mittlerweile fast jede fünfte Person in Europa eine ältere Frau von 50 Jahren und mehr ist: Ältere Frauen unterliegen in vielen Ländern höheren Risiken der Arbeitslosigkeit, der Armut, der Belastung durch Pflege und Kindererziehung, der Isolation, Bildungsdefiziten und einem schlechteren Zugang zu Entscheidungsprozessen.“

Eine Forderung aus der Resolution lautet: Ältere Frauen als eigenständige Zielgruppe in Regierungsberichten und anderen Regierungsveröffentlichungen zu berücksichtigen. Auf dieser Grundlage sollen Maßnahmen in Politik und Gesetzgebung zur Verbesserung der Situation älterer Frauen – auch älterer Migrantinnen und anderer mehrfach benachteiligter Gruppen älterer Frauen – in Gang gesetzt werden.

Eine weitere Forderung:

Älteren Frauen ist „zu ermöglichen, am Aufbau und der Weiterentwicklung von Netzwerken und Selbsthilfeorganisationen mitzuwirken, um im Sinne des Empowerment die Kapazität älterer Frauen als Anwältinnen ihrer eigenen Interessen zu entwickeln und zu stärken.“

Heute – 2014 – stellen wir fest:

Für die öffentliche Aufmerksamkeit, die Berichterstattung über ältere Frauen als eigenständige Zielgruppe und unser Empowerment müssen wir im Wesentlichen selbst sorgen. Wie bisher schon. Auf der Seite der BAGSO gibt es auch eine Kurzfassung des 6. Altenberichts der Bundesregierung von 2010. Der Bericht zum Schwerpunkt „Altersbilder in der Gesellschaft“ behandelt auf einigen Seiten geschlechtsspezifische Altersbilder, ohne jedoch tatsächlich Konsequenzen daraus zu ziehen. In der Kurzfassung hingegen kommen Frauen und Männer spezifisch

gar nicht vor.

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind offenbar „mitgemeint“, wenn festgestellt wird:

„Im Verlauf des Alterns nehmen Unterschiede zwischen Menschen eher zu. Solche Unterschiede betreffen zum Beispiel den Gesundheitszustand, die materielle Lage, die Lebensstile, die Interessen und die sozialen Rollen. Eine altersfreundliche Gesellschaft ist ohne differenzierte Altersbilder, in denen diese Unterschiede berücksichtigt werden, nicht denkbar.“

Die Journalistin und frühere Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, Inge von Bönninghausen, stellt fest, dass geschlechtsspezifische Unterschiede aus dem Altersdiskurs verdrängt werden. Das führe „zum Verschwinden der Frauen und ihrer Lebensrealität. Sie sind die Nicht-Männer und die Nicht-Jungen, der Rede nicht wert.“

Das Verschwinden der Frauen und ihrer Lebensrealität hat weitreichende Konsequenzen: Politische Entscheidungen, etwa in der Kommune, die das alltägliche Leben betreffen, nehmen zu wenig Notiz vom spezifischen Bedarf älterer Frauen in den Dörfern und Städten. Ältere Frauen werden nicht aktiv zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen eingeladen usw.

Forts. S.22

Frauen ab 60 Jahre
in Baden-Württemberg (2012)

Alter	Anzahl
60 - 65	316 647
65 - 70	250 935
70 - 75	314 567
75 - 80	247 340
80 - 85	174 638
85 - 90	118 638
90 - 95	51 658
95 - 100	8 818
100 u. älter	1 567

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

¹ Quelle: www.BW-jetzt.de

DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

**Fachtag des Landesfrauenrats
am 16. Mai 2014 in Stuttgart
Einführung Angelika Klingel**

Blick auf die Landespolitik

2007 gab es eine Ausgabe des Heftes FrauenAKTIV des Sozialministeriums zum Schwerpunkt "Frauen im Alter".

Im dort veröffentlichten Artikel des Statistischen Landesamtes über ältere Frauen in Baden-Württemberg finden sich vier Feststellungen (der Reihe nach):

- Die ältere Generation heute wird von Frauen dominiert.
- Eine Heimunterbringung ist eher die Ausnahme, aber bei Frauen häufiger als bei Männern.
- Alleinleben im Alter ist „Frauensache“.
- Ältere Frauen verfügen über ein geringeres persönliches Einkommen als Männer.

Professorin Cornelia Helfferich/Freiburg stellt in ihrem Leitartikel in diesem Heft fest:

„Alter, so scheint es, macht Frauen unsichtbar. Im Kontrast zu der Überzahl von Frauen in den höheren Altersgruppen steht ihre geringe Präsenz in der Öffentlichkeit.“

Das gilt im Grunde bis heute.

2014 steht in der Landespolitik die Neuausrichtung der Seniorenpolitik des Landes auf der Agenda.

Dazu erläutert das Sozialministerium Baden-Württemberg: In der Politik für ältere Menschen soll ein Perspektivwechsel

herbeigeführt werden. Das Alter soll nicht nur als Lebensphase voller Sorgen und Hilfebedürftigkeit begriffen werden; der Blick soll vielmehr auf die Fähigkeiten von älteren und alten Menschen gerichtet werden. Kompetenzen und Potentiale im Alter sollen erkannt und besser aufgegriffen werden können. Zugleich müssen aber nach wie vor auch die Bedürfnisse der Älteren gesehen werden, damit sie die Unterstützung erhalten, die in ihrer jeweiligen Situation notwendig ist.

In vier seniorenpolitischen Werkstattgesprächen im Land wird seit April diskutiert, wie sich die Politik im Land weiterentwickeln sollte. Des Weiteren sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen, ihre Vorstellungen und Anregungen zur zukünftigen Seniorenpolitik des Landes dem Ministerium zu senden bis 31. August 2014.

So weit – so begrüßenswert.

Eine hinreichende Geschlechterdifferenzierung finden wir in den veröffentlichten Fragestellungen zu dieser Neuausrichtung bislang jedoch nicht. Diese Perspektive, unsere Perspektive als Frauen müssen wir selbst hörbar und sichtbar machen. Wir werden aus dieser Tagung heraus einen vielfältigen lebendigen Impuls zusammentragen und diesen der Politik übermitteln. Die Delegiertenversammlung hat bereits in ihrer aktuell verabschiedeten Resolution eine deutliche Richtung gewiesen.

Der Landesfrauenrat macht in seinen Stellungnahmen zu verschiedenen Themen seit Jahren stets auch auf den besonderen Bedarf älterer Frauen aufmerksam, einige Beispiele:

Vermeidung von Armut im Alter,

ein Thema das den LFR seit langem beschäftigt. Altersarmut ist auch in BW gravierend.

Vereinbarkeit Erwerbsarbeit und private Pflege von Angehörigen.

Gesundheit: Zum Abschlussbericht der Projektgruppe "Aktiv für ein gesundes Altern in Baden-Württemberg" hat der Landesfrauenrat dem Sozialministerium u.a. folgende ergänzende Hinweise übermittelt: *„Neben dem Gender Mainstreaming ist der Anknüpfungspunkt der Armutsbekämpfung für die Zielgruppe ältere Frauen zentral: Altersarmut ist vor allem ein wachsendes Problem für Frauen. In Anbetracht des statistisch belegten Zusammenhangs zwischen niedrigem sozialen Status und Gesundheitsverhalten sind daher kostengünstige bzw. kostenfreie Bewegungsangebote für Frauen mit geringen Einkommen/Renten unabdingbar.“*

Verkehrspolitik: In unserer Stellungnahme zum Generalverkehrsplan (2010) haben wir dargelegt:

„Um den Bedürfnissen älterer Frauen nach möglichst langer selbständiger Lebensführung zu entsprechen, benötigen sie vor allem auf dem Land eine gute öffentliche Verkehrsinfrastruktur, um Einkäufe zu erledigen, Freizeitangebote wahrzunehmen, Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch zu nehmen etc.“

Heute geht es uns darum, mit Schlaglichtern zu verschiedenen Aspekten auszu-leuchten

„Wie wollen wir selbst altern?“

Was benötigen wir, um solange als möglich selbstbestimmt zu altern?“



Seniorenpolitisches Konzept der Landesregierung

Informationen unter: www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Seniorenpolitisches_Konzept_der_Landesregierung/
Kontakt für Vorstellungen und Anregungen zur zukünftigen Seniorenpolitik des Landes (bis zum 31. August 2014) an die Postadresse des Ministeriums, zu Händen des Referats 31 (Schellingstraße 15, 70174 Stuttgart) oder E-Mail an Seniorenpolitik@sm.bwl.de

DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

Fachtag des Landesfrauenrats am 16. Mai 2014 in Stuttgart

Wie wir selbst bestimmt altern ... Impulse zur Seniorinnen-Politik in Baden-Württemberg



Grußwort

Eva Balz

Stellvertretende Vorsitzende
Landesseniorenrat
Baden-Württemberg¹

Sehr geehrte Damen, liebe Mit-Alternde, selbstbestimmt altern, wie können wir das meistern, wo doch die meisten Frauen der Nachkriegsgeneration noch im alten Klischee-Bild „Mann und Frau“ erzogen wurden.

Es war damals ganz selbstverständlich, dass der Mann zur Arbeit ging und das Geld verdiente, um die Familie zu ernähren und die Frau zu Hause blieb, die Kinder großzog und den Haushalt führte. Sicher hat sie auch das Haushaltsgeld verwaltet, aber größere finanzielle Entscheidungen tätigte der Mann. Die politische Meinung übernahm die Frau meist von ihrem Mann, bei Wahlentscheidungen durfte die Frau sicher selbst entscheiden, aber oft war auch diese Entscheidung vom männlichen Partner geprägt. Und wie so oft standen diese Frauen plötzlich alleine da, wenn der Partner starb, der ihnen die Richtung vorgab und viele Entscheidungen abgenommen hatte. Wie sollten sie jetzt selbstbestimmt altern ohne Hilfe im Hintergrund? Mit der schmalen Rente auskommen, Versicherungen, Verträge durchschauen und alle Entscheidungen alleine treffen. Vielen fällt dies nun sehr schwer, weil sie nicht gelernt haben, vieles selbst zu entscheiden. Sie brauchen Mut, alleine alt zu werden. Zum Beispiel auch den Mut, einen Neuanfang anders zu gestalten, anders zu wohnen z.B. in einer WG.

¹ Im Landesseniorenrat Baden-Württemberg sind 43 Stadt- und Kreisseniorenräte sowie 34 in der Seniorenarbeit aktive Verbände und Organisationen zusammengeschlossen. Info unter: <http://lsr-bw.de>

Gerade heute hat der baden-württembergische Landtag ein Gesetz verabschiedet, das Wohn-Teilhabe und Pflegegesetz, das den Schwerpunkt für ein „selbstbestimmtes Wohnen im Alter“ zum Inhalt hat. Darunter fallen bei Pflegebedürftigkeit verschiedene Wohnformen, wie „ambulant betreutes Wohnen“.

Auch wir sollten uns rechtzeitig Gedanken machen, wie wir selbstbestimmt im Alter und bei Pflegebedürftigkeit leben wollen. Immer mehr ältere Frauen haben erst im Alter den Mut zur Trennung vom Partner, weil sie nicht mehr fremdbestimmt, sondern selbstbestimmt altern wollen. Auch selbst zu bestimmen, wieviel Zeit ich in ein Ehrenamt investieren will oder auch zum Enkeldienst. Da gehört Mut dazu, „nein“ zu sagen. Mut, sich nicht alles bieten zu lassen. Auch Neues anzupacken, wie beispielsweise den „Kampf“ mit PC und Internet zu wagen oder Vorlesungen an der Uni zu belegen.

Zur Selbstbestimmung im Alter gehören unbedingt eine Vorsorgevollmacht und eine Patientenverfügung. Solange wir noch geistig selbst entscheiden können, müssen wir Regelungen treffen für den Fall, wenn wir nicht mehr selbst bestimmen können.

Zum Glück werden heute unsere Mädchen und Jungen anders erzogen, gleichberechtigt. Alle Mädchen erlernen einen Beruf, sind oft auch während der Familienphase berufstätig oder steigen anschließend wieder ein. Aber oft findet sich nur ein Minijob und das Problem bleibt: Altersarmut gehört leider noch nicht der Vergangenheit an.

Politisch werden die jungen Frauen an die gleichen Themen und Bereiche herangeführt wie die Männer, aber noch mischen zu wenige Frauen richtig mit. Ob bei Parteien oder Vereinen oder sonstigen Organisationen, es sitzen in der Mehrzahl die Männer auf den Vorstandsposten.

Bei den Senioren-Organisationen in Baden-Württemberg zeigt sich das Ergebnis überraschend gut, auch ohne Quote.

Vorstand Landesseniorenrat:

25 Mitglieder, 15 m, 10 w. immerhin 40% Frauenanteil.

Vorsitzende bei Kreisseniorenräten:

53 gesamt, 41 m, 12 w., nur 22,6% Frauenanteil.

Vorsitzende bei Stadt seniorenräten und Ortsseniorenräten: gesamt 159, 109 m, 50 w. sogar 31,4% Frauenanteil.

Wir Frauen wagen immer noch zu wenig, uns gleichberechtigt einzumischen.

Wir sind geplagt von Selbstzweifeln: „kann ich das“, wo die Männer selbstsicher ein Amt ergreifen.

Wir Frauen haben Hemmungen und Angst, Fehler zu machen, wir brauchen mehr Mut und das erst recht im Alter: „Alt werden verlangt Mut“.

Ich hoffe, dass viele Frauen den Mut hatten, sich auf einer Liste zur Kommunalwahl aufstellen zu lassen. Denn gerade bei kommunalen Entscheidungen sind die Frauen wichtig und die Erfahrungen der älteren Frauen ebenso.

Ältere sollen und wollen in der Gesellschaft mitwirken, mit-sprechen, mit-überlegen, mit-verantworten und mit-entscheiden, mit-bestimmen und das ebenso zum Wohl der jüngeren Generation mit der Lebenserfahrung der Älteren.

Seniorinnen sollen sich in ihrer Gemeinde zu Wort melden bei der Stadtentwicklungsplanung, wie soll die Wohnbebauung, die Straßen, der öffentliche Bereich aussehen? Wo gibt es Barrieren für Rollstuhlfahrer und für Mütter mit Kinderwagen? Wo gibt's Sitzmöglichkeiten und Toiletten? Wie kann der ÖPNV verbessert werden?

Es gibt sehr viele Bereiche im Alter, wo wir mitbestimmen können und sollen, aber zuerst sollten wir selbstbestimmt fragen: was möchte ich wirklich für mich?

Und für alle Entscheidungen brauchen wir Mut und den wünsche ich uns allen und für den weiteren Verlauf des Nachmittags viele neue Impulse.

Danke fürs Zuhören.

DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

„Warum werden Frauen mit dem Alter(n) unsichtbar?“

Thesen aus der feministischen Gerontologie.“ Vortrag von Dr. Martina Wolfinger



Auszug aus dem Vortrag

„Warum werden Frauen mit dem Alter(n) unsichtbar?“

Thesen aus der feministischen Gerontologie.

These der feministischen Gerontologie:

Altern ist ein vergeschlechtlichter Prozess und Geschlecht ist vom Altern mit beeinflusst.

Der in der Altersforschung gebräuchliche Begriff des Alterns bezieht sich sowohl auf die Lebensphase Alter als auch auf das Altern als Prozess. Alternskonstruktionen nehmen verschiedene miteinander zusammenhängende Dimensionen des Alter(n)s in den Blick: Das physische (biologisch-körperliche) Altern, das psychische (geistig-seelische) Altern und das soziale, gesellschaftlich definierte Altern. Geschlecht und Alter(n) sind verwobene soziale Konstruktionen, die im Lebensverlauf bis in das Alter hinein wirken – darauf richtet insbesondere die feministische Gerontologie ihr Augenmerk:

- Geschlecht und Alter(n) sind jeweils soziale Konstruktionen.
- Sie sind jeweils an körperliche Attribute gebunden, mit der Tendenz zur „Naturalisierung“.
- Sie wirken normativ und symbolisch, also auch auf die Identität und das Handeln.

In Übertragung des Ansatzes zur fortlaufenden Herstellung von Geschlecht (doing gender) hat sich das Doing Age(ing) entwickelt. Auch die fortlaufende Herstellung von Altern ist an den Körper und damit an das Geschlecht gebunden, jedoch wegen

Dr. phil. Martina Wolfinger, freiberufliche SozialGerontologin¹ und alter(n)s-wissenschaftliche Mitarbeiterin Universität der Bundeswehr München) gibt in ihrem Vortrag einen Überblick über Annäherungen an Alter(n) und Geschlecht aus Sicht der feministischen Gerontologie.

Neben Thesen zur Verwobenheit von Geschlecht und Alter(n) als soziale Konstruktionen stellt sie zentrale Befunde zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten in den Lebenslagen, Lebenswirklichkeit, Interaktionen und Interessenslagen altern-der Frauen und Männer vor. Um diese geschlechtsspezifischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten adäquat zu berücksichtigen, ist die Gendersensibilität in senior/innenpolitischen Maßnahmen zu erhöhen.

Wir danken herzlich für die Bereitstellung ihrer Unterlagen für diese Dokumentation.

1 Kontakt über: www.martina-wolfinger.de

seiner Vieldeutigkeit nicht einfach definierbar.

Da die Lebensphase Alter und die Gruppe der alten Frauen und Männer so heterogen ist, werden weitere Differenzierungen vorgenommen: die Altersgruppe ab 60 bzw. 65 Jahren wird dem „3. Alter“, dem „aktiven“ oder dem „jungen Alter“ zugeordnet. Das „4. Alter“ (auch: Hochaltrigkeit) bezieht sich auf das Alter, bei dem die Abhängigkeit sowie Hilfebedürftigkeit und Sterbewahrscheinlichkeit stark zunimmt (mit etwa 75 bis 80 Jahren). Hinter der Einteilung nach kalendarischem stehen bestimmte „normale“ körperliche Funktionalitäten in der jeweiligen Altersgruppe. Ursprünglich aus USA stammend (zu Werbezwecken genutzt) wird – z.B. von Thomas Klie – auch unterschieden zwischen den „go go’s“, den „slow go’s“ und den „no Go’s“²

Geschlecht und Alter(n) sind verwobene soziale Konstruktionen, die im Lebensverlauf bis in das Alter hinein wirken.

Identität, Lebensweisen, Arbeitsteilung und Sozialstruktur sind über die Biografie, den Lebenslauf, die historische Zeit auf Geschlecht und Alter(n) bezogen und werden durch beides konstruiert bzw. hergestellt. Gleichzeitig sind Geschlecht und Alter(n) soziale Dimensionen der Gesellschaftsstruktur und damit ungleichheitsrelevant. In der Lebensphase Alter werden die Wechselwirkungen von Sexismus und Ageismus besonders deutlich (Altersdiskriminierung).

² siehe www.sueddeutsche.de/leben/leben-im-alter-vom-go-go-zum-no-go-1.1862691 (14.01.2014). „Aus den ‚go go’s‘ der über 60-Jährigen werden mit den Jahren die ‚slow go’s‘ der Endsiebziger bis zu den ‚no go’s‘ der Generation 85 plus“.

Doch diese Verwobenheit der beiden sozialstrukturellen, handlungsleitenden und identitätsbildenden Kategorien lässt sich nicht so einfach mit einem „Frauen sind im Alter benachteiligt und Männer bevorzugen“ beantworten. Denn die Bandbreite der Lebenssituationen altern-der Frauen und Männer ist immens.

Der 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2011) widmet älteren Frauen ein eigenes Kapitel: Alter und Bilanzierung des Lebensverlaufs.

Warum werden Frauen mit dem Alter(n) unsichtbar?

In der Frage steckt bereits die Annahme, dass Frauen mit dem Alter(n) unsichtbar werden. Doch wo und aufgrund welcher Mechanismen?

(1) Frauen werden nicht unbedingt in der Darstellung der Datenlage unsichtbar, wenn nach den oben genannten Altersgruppen differenziert die Einkommensverteilung, die Partizipation an Bildung, das Engagement und die gesundheitliche Lage analysiert wird (z.B. im 6. Altenbericht, s.u.). Differenzierungen nach Alter(n) und Geschlecht werden jedoch immer komplexer, da die Lebenssituation bzw. Lebenslage im Alter das Resultat des bisherigen geschlechtsspezifischen Lebensverlaufs darstellt. Rollen, Arbeitsteilung und Zeitverwendung, wie auch entwickelten Ressourcen und Fertigkeiten, manifestieren sich in Vorteilen und Nachteilen, die nebeneinander stehen.

(2) Wissenschaft, Politik und wir Frauen erhalten Antworten nur auf die Fragen, die sie, die wir stellen.

Forts. S. 25

DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

Dr. Martina Wolfinger: „Warum werden Frauen mit dem Alter(n) unsichtbar? Thesen der feministischen Gerontologie.“



Wir sind daran beteiligt, am Unsichtbarwerden:

(3) Aufgrund der negativen Bilder und starken Defizitorientierung wird das „wirkliche“, abhängige, hohe Alter möglichst lange vermieden. Möglichst lange zu den „Jungen“ und damit eigentlich zu den „noch nicht Alten“ zu zählen, ist das anzustrebende Ziel. Frauen sind von dem darin liegenden Ageismus mindestens zweifach betroffen: Sie werden früher und anders als alt attribuiert als Männer. Und, mit ihrer rund 5,5 Jahre höheren Lebenserwartung, sind sie viel eher von der Hochaltrigkeit betroffen.

Vor diesem Hintergrund bleibt die Frage offen: Wann und wie sprechen wir vom Alter als Gestaltungsoption?

(4) Im Alltag, in der geschlechtsspezifischen Lebenswirklichkeit der Frauen und Männer, haben sich spezifische Verpflichtungen, Interessen und Motivationslagen verfestigt. Für die selbstbestimmte bzw. teilhabeorientierte Gestaltung senienpolitischer Maßnahmen ist das bürgerschaftliche Engagement im Alter ein guter Gradmesser. Dies ist sowieso nach Bildung, Fitness und nach Geschlecht ungleich verteilt.

Das Gros der Frauen 60+ verwendet rund eine Stunde mehr für die Hausarbeit im Alltag, als Männer. Ihre Kapazitäten für ein weiteres Engagement sind also begrenzter. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung haben sie in der Regel eine stärkere Orientierung entwickelt in Richtung soziales Engagement sowie für Tätigkeiten, die nicht unter dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements gefasst werden. Aus dieser Orientierung

resultieren spezifische Kompetenzen und Interessen, die dann die Hemmnisse für ein politisches Engagement erhöhen.

Fragen:

Können wir das Altern als Gestaltungsraum nutzen, wenn wir wiederholen, was wir in 60/70 Jahren gelernt/praktiziert haben? Und wiederum: wie akzeptieren wir, was in 60/70 Jahren gewachsen ist?

(5) Die bisherigen Ausführungen zeigen aber auch: Benachteiligungen und Vorteile, Risiken und Chancen bestehen gleichzeitig und differenziert. Denn Frauen folgen ihren Interessen, sie nutzen ihre Kompetenzen und Ressourcen, selbst wenn sie gesellschaftlich unsichtbar werden. Zu den Befunden zu den Unterschieden und Gemeinsamkeiten in den Lebenslagen und Interaktionen alternder Frauen und Männer verweist Wolfinger auf Ergebnisse des 6. Altersberichts der Bundesregierung (2010):

„Die heute in Deutschland lebenden älteren Menschen verfügen im Durchschnitt über mehr finanzielle Ressourcen als jede vorangehende Generation älterer Menschen, sie haben im Durchschnitt einen besseren Gesundheitszustand und einen höheren Bildungsstand, und nicht zuletzt steht ihnen im Durchschnitt mehr Zeit für ein Engagement für andere zur Verfügung als den älteren Menschen früherer Generationen.“ (BMFSFJ 2010: 6. Altenbericht, S. 22)

– Ja, wir haben höhere Bildung und mehr Erfahrung im Berufsleben – erleben aber auch Doppelbelastung und tradierte Aufgabenverteilung;

– Besserer Gesundheit aller Älteren und höherer Lebenserwartung gerade von Frauen stehen mehr chronische Erkran-

kungen von Frauen gegenüber;

– Mehr verfügbarer Zeit stehen die im Lebenslauf entwickelte Zeitverwendungsschemata entgegen;

– Mehr Engagement ist möglich, aber Frauen tendieren noch immer zu spezifischem „sozialem“ und „unsichtbarem“ Engagement.

Die Lebenslage im Alter ist geschlechtsspezifisch, unterschiedlich. Denn sie ist eingebettet in gesellschaftliche, kulturelle, soziale, ökonomische Entwicklungen und Resultat der geschlechtsspezifischen Vergesellschaftung im Lebenslauf.

„Objektive“ Dimensionen der Lebenslage sind: Einkommen und Vermögen, Bildung und lebenslanges Lernen, Erwerbstätigkeit und alltägliche Tätigkeit, Gesundheit, Wohnen und Wohnumfeld, Verwandtschaft/familiäre Beziehungen, Soziale Netzwerke ...

Ob und wie die geschlechtsspezifische Lebenslage „subjektiv“ wahrgenommen und genutzt wird, ist abhängig von den im Lebenslauf erworbenen Handlungskompetenzen und -barrieren.

Beispiel Gesundheit:

Frauen leben im Durchschnitt rund 5,5 Jahre länger als Männer, jedoch keinesfalls beschwerdefreier. Das subjektive körperliche und psychische Wohlbefinden von Frauen im Alter wird im Durchschnitt als schlechter geschildert als das von Männern. Bei Frauen häufen sich Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems, seelische Erkrankungen und dementielle Entwicklungen. Sie leiden häufiger an chronischen Erkrankungen; sie berichten von mehr Einschränkungen aufgrund von Schmerzen und über ein niedrigeres psychisches Wohlbefinden.

Männer weisen häufiger akute, finale Erkrankungen auf (Krebs, Diabetes und Herz-Kreislaufkrankungen).

Forts. S. 26



DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

Dr. Martina Wolfinger: „Warum werden Frauen mit dem Alter(n) unsichtbar? Thesen der feministischen Gerontologie.“

Mit maßgeblich dafür, ob die „gewonnenen“ Jahre auch ein Zugewinn an Lebensqualität beinhalten, sind auch nicht-biologische Einflussfaktoren: Schichtzugehörigkeit/Bildung, Einkommen/Vermögen und Erwerbstätigkeit im mittleren Alter, Verfügbarkeit und Unterstützung des sozialen Netzwerks, alltägliche Lebensgestaltung, Vorsorgeverhalten.

Beispiel: Zeit für Engagement

Es gibt geschlechtsspezifische Muster der Zeitverwendung, die sich im Lebenslauf verfestigen und damit auch die Kapazitäten für „weiteres“ Engagement bestimmen. Mit der Zeitverwendung im Alltag verbunden sind bestimmte Handlungskompetenzen, die sich entwickeln und verfestigen. Frauen sind in starkem Maße im Haushalt und im Bereich „Soziales“ aktiv (Interessenslagen?). Männliche Zeitpräferenzen liegen stark im Bereich Erwerbsarbeit und verwandten Gebieten.

Das freiwillige Engagement Älterer hat allgemein zugenommen; ist allgemein abhängig von Fitness und Bildung. Es unterscheidet sich jedoch deutlich geschlechtsspezifisch: Mehr ältere Männer als Frauen sind bürgerschaftlich – öffentlich, ehrenamtlich – engagiert. Ältere Frauen engagieren sich besonders für ältere Menschen (Soziales Engagement). Das „typische“ weibliche Engagement (im Alter) wird häufig nicht unter Ehrenamt bzw. freiwilliges Engagement gefasst.

Erhöhung der Gendersensibilität senior/innenpolitischer Maßnahmen

Wie kann im Rahmen von seniorenpolitischen Maßnahmen der spezifischen Lebenssituation von Frauen und Männern in der heterogenen Lebensphase Alter besser Rechnung getragen werden? Wie

können Frauen im Alter seniorenpolitisch sichtbar werden und, wie kann die Gendersensibilität entsprechender Maßnahmen erhöht werden? Diese Fragen wurden bisher für Deutschland noch nicht explizit diskutiert.

Vorhandene Instrumente zur Erhöhung der Gendersensibilität bzw. zur Implementierung von Gender Mainstreaming wurden bisher noch nicht dahingehend geprüft, inwiefern sie den spezifischen seniorenpolitischen Fragestellungen gerecht werden können und welche Modifizierungen erforderlich sind. Im Rahmen der bisherigen Diskussion wurde aber auch deutlich, dass gerade in der Lebensphase Alter geschlechtsspezifische Fragestellungen von zentraler Bedeutung sind. Die Berücksichtigung der Wechselwirkung von Geschlecht und Alter(n) erfordert also dezidierte Schritte, gerade auch in der Gestaltung der Willensbildungsprozesse. Ein erster Impuls hierfür stellen die sechs Schritte dar, die im Rahmen des Vortrags diskutiert wurden:

1. Zuerst ist die Willenserklärung für mehr Gendersensibilität wesentlich. In der Verwaltung sowie in der Umsetzung sind entsprechende Orientierungen am Gender Mainstreaming sowie an der differenzierten Verfolgung der Gendersensibilität zu verankern.
2. Da sich die Lebenssituation von Frauen und Männern im Altersverlauf immer weiter ausdifferenzieren, benötigen die Betroffenen eine spezifische Ansprache. Wie erreicht man diejenigen, die „unsichtbar“ sind bzw. nicht über die entsprechenden Ressourcen und Kapazitäten verfügen? Zudem wandelt sich die Lebensphase Alter weiterhin, sodass zu den aktuell Betroffenen, je nach Fragestellung, auch die künftigen Generationen einzubeziehen

sind.

3. Alter(n) als individuell weiblichen sowie männlichen und gesellschaftlichen Gestaltungsspielraum zu begreifen, erfordert ein verändertes Bewusstsein in der Öffentlichkeit.

4. Geschlechtersensible Analysen sind je nach Fragestellung auch aus einer Lebensverlaufsperspektive sowie nach Rollen etc. differenziert vorzunehmen. Nur so kann adäquat erfasst werden wer in welchem Umfang betroffen ist, mit welchen Ressourcen ausgestattet ist und welche Orientierungen bzw. Interessenslagen vorliegen.

5. Ziele geschlechtersensibel formulieren: An dieser Stelle gilt es, je nach Fragestellung eine Entscheidung zu treffen. Geht es darum Ungleichheit zu reduzieren, geht es um Gleichstellung oder geht es um die Beachtung der weiblichen und männlichen Interessenslagen und Motivationen, die ggf. Hierarchien verfestigen?

6. Spezifische Maßnahmen entwickeln, umsetzen und evaluieren: Jede Maßnahme, jeder normative und instrumentelle Eingriff hat Folgen: für die Gestalt der Lebensphase Alter, für die Geschlechterverhältnisse, für die Risiken und Chancen im Alter und zwar für die heute Betroffenen ebenso wie für die künftigen Alten. Deshalb ist sowohl eine gendersensible Folgenabschätzung als auch eine regelmäßige Evaluation der Maßnahmen unabdingbar.

Literaturtipps

- Backes, G. M. & Wolfinger, M. (2010): Alter(n) und Geschlecht. In: Faulstich-Wieland, H. (Hrsg.): Enzyklopädie Erziehungswissenschaften Online. Fachgebiet: Geschlechterforschung, Die Bedeutung von Geschlecht im Lebensverlauf. Weinheim: Juventa, 21 Seiten; www.erzwissoline.de.
- Klammer, U., Schick, M., Bosch, G., Meier-Gräwe, U., Helfferich, C., Nolte, P., Helms, T. & Schuler-Harms, M. (2011): Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Gutachten der Sachverständigenkommission an das BMFSFJ für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. www.fraunhofer.de/Images/110509_Gleichstellungsbericht_final_tcm7-78851.pdf.
- Oesterreich, D., Schulze, E. (2011): Frauen und Männer im Alter. Fakten und Empfehlungen zur Gleichstellung. Berlin: edition sigma.



DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

16. Mai 2014 - World-Café zu verschiedenen Fragen des Alter(n)s



Wir Frauen selbst sind die Expertinnen, auf die Grundfrage: Wie altern wir selbst bestimmt? zu antworten.

Das World-Café hatte folgende sechs Fragestellungen

1. Wohnen in Stadt und Land, allein oder mit anderen (Single, Partnerschaften, Familien, „Wahlverwandschaften“)
2. Arbeiten 60 + - im Beruf, im Rentenalter
3. Vereinbarkeit Care-Aufgaben, Erwerbsarbeit, Ehrenamt, persönliche Interessen
4. Partizipieren - Engagiert in der Politik, im Ehrenamt
5. Partizipieren - an Bildung und Kultur
6. Nicht unsichtbar werden - Altersbil-

der, Körper, Sinnlichkeit und Verstand
Zu allen Themenbereichen wurden in der knappen Stunde des Worldcafé einerseits Forderungen an die Politik und die Gesellschaft formuliert, andererseits Reflexionsanforderungen und Emanzipationsansprüche der Frauen an sich selbst. Selbst bestimmtes Altern erfordert Rahmenbedingungen:

materielle Voraussetzungen für freie Entscheidungen über Wohnen, Arbeiten, Engagement, Teilhabe - ausreichendes Einkommen, Verkehrsinfrastruktur, (zugänglichere) Informationen, Finanzierungsmöglichkeiten, passende Angebote auf dem Arbeitsmarkt, bei Bildung und Kultur usw.

Selbst bestimmtes Altern erfordert die Anstrengung und die Lust der eigenen Emanzipation: im Lebensverlauf angenommene Rollen, die eigenen Bilder des Alterns müssen befragt werden - passen sie für mich? Wenn nicht, müssen neue gesucht werden (besser noch: im Lebensverlauf bereits erarbeitet werden).

Auch der Blick auf andere Frauen - zuweilen unerbittlich - muss hinterfragt werden.

Selbst bestimmtes Altern erfordert von den Frauen selbst Bildungsaktivitäten, Eigeninitiative, Sorge für sich selbst, (Weiter-) Entwicklung der Fähigkeit „Nein“ zu sagen zu von außen an sie herangetragenen Erwartungen und oder „Ja“ zu sagen zu neuen Herausforderungen.

Selbst bestimmtes Altern erfordert Haltungsänderungen innerhalb der Gesellschaft:
die Erwartung partnerschaftlicher Aufgabenverteilung in Familien,
die Wahrnehmung des Alter(n)s, seiner Potenziale und Einschränkungen, die Wahrnehmung der Vielfalt der Lebenslagen,
das Interesse der Generationen aneinander,
in der Politik und in den Medien die selbstverständliche Präsenz alternder Frauen.



DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

Wohnen in Stadt und Land, allein oder mit anderen (Single, Partnerschaften, Familien, „Wahlverwandschaften“)

**World-Café am 16. Mai 2014**

„Home oder castle“ (Zuhause oder Festung) fragte World-Café Gastgeberin Dina-Maria Dierssen (Evangelische Frauen in Württemberg) als Gesprächsaufakt.

Wie erleben wir als Frauen unsere momentanen Wohngepflogenheiten im Hinblick auf das eigene Altern? Offensichtlich besteht dringlicher Bedarf nach alternativen Wohnarrangements, die soziale Integration aufrechterhalten bzw. ermöglichen. Aus Frauensicht sind auch Finanzierungsmodelle nötig, die im Sinne des Mietkaufs Eigentumserwerb als eine Säule der Alterssicherung auch für Frauen im durchschnittlichen Erwerbssegment möglich machen. Stadtentwicklung und kommunaler Wohnungsbau benötigen eine neue, an sozialer Tragfähigkeit ausgerichtete Wohnungsbaupolitik.

Ergänzend dazu macht die derzeitige Pflegelandschaft schlicht Angst und hebt somit das Interesse an kleinen Einheiten mit hohem Selbstversorgungspotential und wohnraumnahen Unterstützungsangeboten.

Bedarf nach Begriffsklärung:

- Heim - Senioren-WG - Betreutes Wohnen - Servicewohnen, u.a.
- Problemanzeige:**
- Die Zeit drängt, die Altenheime werden für die kommenden Bedürftigen nicht reichen.
- Neue Wohnformen sind für viele Frauen nicht finanzierbar. Also ein Privileg der Besserverdienenden?

Sorgen:

- Umstellung auf wachsende Immobilität und Hilfebedarf
- Zustände in der stationären Pflege machen Angst.
- ... auch in der ambulanten - für Tabletengabe (eventuell einziger menschlicher Kontakt in 24 Stunden)
- „Musste viel Energie zur Wohnraumanpassung und Orientierung nach der Familienphase aufwenden - z.B. Vermeidung von Reinigungsaufgaben für andere.“

Vorstellungen zum selbstbestimmten Wohnen:

- Alternative Wohngemeinschaften zur Betreuung/Pflege sind ein guter Ansatz.
- Wohnen in Wahlverwandschaften ist sehr wichtig.
- Sozialräumliche/nachbarschaftliche Unterstützungsnetzwerke (soziale Stadt - soziale Dienstleistungen).
- Selbstbestimmte Zeiteinteilung sollte im stationären Bereich möglich sein.

Bedarf:

- Möglichkeit von genossenschaftlichen Modellen (Kreditwürdigkeit)
- Mietkaufmodelle
- Koordinierungsstelle im SM
- Forderungen - Handlungsbedarf für Staat/Politik/Kommunen:
- keine profit-orientierte Versorgung, sondern kostendeckende, sozialorientierte Versorgung/ Organisation: kein Geschäft mit dem Älterwerden
- Investitionen und kommunale Wohlfahrt verknüpfen (keine reine Profitorientierung)
- Gesetzesgrundlagen schaffen
- aktive Unterstützung von Kommune/Land zur Realisierung neuer Formen des Wohnens/Zusammenlebens
- Kommunen/Politik müssen schneller Modelle und Gelder ermöglichen für gemeinschaftliches Wohnen (dieses ist wirtschaftlicher).
- Best Practice kommunizieren und Anreize für Kommunen, die Entwicklung zu unterstützen, z.B. EU-Mittel für den ländlichen Raum.



Dina-Maria Dierssen, Evangelische Frauen in Württemberg berichtet Ergebnisse.

WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ... WEITERE INFOS

Netzwerke und Anlaufstellen**FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bundesvereinigung**

Das FORUM ist ein überregionaler Zusammenschluss von Menschen und Organisationen mit Interesse an selbst organisierten und gemeinschaftlichen Wohnprojekten. Der Verein zeigt die Vielfalt der Wohnprojekte auf und unterstützt Interessierte dabei, die ihnen gemäße Form zu finden. Er berät Kommunen und die Wohnungswirtschaft und bietet Fachleuten eine Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch.
www.fgw-ev.de

Kontakte in Baden-Württemberg
 Paritätisches Bildungswerk
 Hauptstr. 28, 70563 Stuttgart
 Tel.: (0711) 2155192
info@bildungswerk.paritaet-bw.de

BauWohnberatung Karlsruhe (BWK)
 Ludwig-Marum-Straße 38, 76185 Karlsruhe, Tel.: (0721) 5972718
kontakt@bedandroses.de
www.bedandroses.de

Eine Initiative der BauWohnberatung Karlsruhe (BWK) in Kooperation mit: Deutscher Werkbund Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe

VIA-Institut e.V.
 Dr. Eva Wonneberger
 Marktst. 43, 88212 Ravensburg
 Tel.: (0751) 35 26 521
ew@viainstitut.de

GESCHICHTLICHES: „BEGINENHÖFE“ in Baden-Württemberg

Die Frauengeschichtswerkstatt Reutlingen veröffentlicht auf ihrer Homepage (<http://frauen-geschichtswerkstatt.homepage.t-online.de/beginenhaus.htm>) einen Artikel von Lucia Gerber und Ursula Göggelmann¹ zu Beginenhäusern in Reutlingen.

Auszüge daraus:

Beginen lebten gemeinschaftlich mit einigen oder mehreren Frauen zusammen. Sie waren eine laienreligiöse Gemeinschaft, die keinem Orden angehörte und kein Klosterleben führte. Sie lehnten starre kirchliche Regeln ab und suchten ein persönliches Verhältnis zu Gott. Es war eine neue Form des religiösen Zusammenlebens. (...) Jede Begine konnte aus der Gemeinschaft wieder austreten, beispielsweise um zu heiraten. Jede Gruppe bestimmte selbst die Regeln des Zusammenlebens, ein eigenes Privatleben war durchaus möglich. (...)

Einzelne Beginengemeinschaften sind zuerst in Flandern bekannt, und zwar im 12. Jahrhundert. In Deutschland sind sie seit dem 13. Jahrhundert in Urkunden nachgewiesen. Blütezeit des Beginenwesens soll das 13. und 14. Jahrhundert gewesen sein.

Beginen in Reutlingen

(...) Auch hier war die Blütezeit im 13./14. Jahrhundert. Erwähnt werden die "Hollensammlung" (1397), deren Haus in der Nähe der Marienkirche stand, aber nicht mehr genauer bekannt ist. Außerdem gab es die "Rastsammlung" (erwähnt 1346 bzw. 1351), auch "Schwestern bei den Barfüßern" genannt nach der Nähe zu dem Reutlinger Franziskaner- bzw. Barfüßer-Kloster, das von 1259-1535 im heutigen Gebäude des Friedrich-List-Gymnasiums bestand. Beginen haben oft die Nähe zu den Klöstern der Bettelorden gesucht, weil sie sich diesen Orden durch ihr Interesse an der Erneuerung der Kirche - weg von Geld und Macht, hinzu wahrer Frömmigkeit und zu den Menschen - verbunden fühlten.

Die Häuser

Die Frauen mieteten oder kauften sich Häuser, brachten teilweise auch ihren Besitz und Vermögen ein. Unter adligen Frauen fanden sich auch Förderinnen und Stifterinnen.

(...) Beginenhäuser blieben in Baden-Württemberg erhalten in:

Grötzingen, Neuffen, Nürtingen, Owen, Urach, Stuttgart-Bad Cannstatt, Bietigheim, Marbach, Schorndorf, Schwäbisch Hall, Tübingen.

Häuser in Oferdingen und Reutlingen sind bekannt, aber nicht mehr erhalten.

Um das Jahr 1500 bestanden etwa 100 Beginenhäuser im Bereich des heutigen Baden-Württemberg, z.B. Ulm 12, Stuttgart 4.

In Schorndorf starb die letzte Begine 1581. In Oferdingen muss das Beginenhaus 1564 noch vorhanden gewesen sein.

¹ Kontakt: frauen-geschichtswerkstatt@t-online.de

Beginenhäuser in Tübingen

Die Beginenstiftung, eine Frauenwohnstiftung, wurde am 9.10.2003 in Tübingen gegründet. Sie fördert sozial gemischte gemeinschaftliche Frauenwohnprojekte in heutiger Form: eigenverantwortlich, ohne religiöse Auflagen, ökologisch, nachhaltig und eigentumsrechtlich von Anfang an in Frauenhand. Die Frauengruppe baut oder renoviert mit Hilfe von Fachleuten selbst. Die Beginenstiftung steht als Beraterin und Partnerin für alle Gruppen bereit. Die Beginenstiftung und der Dachverband der Beginen streben eine Kooperation an, da sie ein Ziel gemeinsam haben: Die Entwicklung eigenständiger, nachhaltiger und bezahlbarer Wohn- und Lebensformen für allein lebende Frauen im Kontext der heutigen gesellschaftlichen Bedingungen.

Kontakt: Beginenstiftung, Mauerstr. 3, 72072 Tübingen Tel/Fax 07071-133039
info@beginenstiftung.de www.beginenstiftung.de

DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

**16. Mai 2014 - World-Café:
Arbeiten 60 +
- im Beruf, im Rentenalter**

Gastgeberin Monika Bormann/
LFR-Vorstand zum World-Café:

Ich habe mit drei Gruppen je 15 Minuten gesprochen/diskutiert. Rückblickend muss ich sagen, es waren drei ganz unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Standpunkten. Was für ein Zufall, dass sich aber die gleichen Interessen immer in der jeweiligen Gruppe zusammen gefunden haben.

in der ersten Gruppe war das zentrale Thema die Rente. Als dann eine Teilnehmerin das Modell der Teilrente ansprach wurde es sehr lebhaft. Keine der Frauen hat je von diesem Modell gehört. Überhaupt war der Tenor dieser Gruppe, dass es zu wenig Informationen über die Rente gibt, die Frauen fühlten sich allein gelassen wussten nicht wohin sie sich in Rentenfragen wenden sollen/können. Wussten nichts über den Zuverdienst zur Rente.

Ganz anders die zweite Gruppe: diese Frauen wussten genau Bescheid wo sich „frau“ über Rentenfragen informieren



Monika Bormann – 2. v.r. – im Gespräch

kann. Lobten sogar die guten Informationen und Beratungen der Rentenberatungsstellen.

Tenor: Es gibt immer eine Hohlschuld und eine Bringschuld. In dieser Gruppe kam eher der Wunsch nach einer Jobbörse für Frauen im Rentenalter auf. Die Frauen fühlten sich zwischen 60 und 65 Jahren noch zu jung und zu aktiv fürs Rentenalter. Sie finden es schade, dass ihr now how nicht mehr gefragt ist. Sie haben den Wunsch geäußert, dass sie gerne noch weiterarbeiten würden. z.T. auch aus finanziellen Gründen. Aber dies war nicht

der Hauptgrund. Allerdings waren sich alle einig, dass sie nur in Teilzeit weiterarbeiten möchten.

In der dritten Gruppe kam die Diskussion zur Mütterrente sehr stark in den Vordergrund.

Vereinzelt wurde auch auf die Grundsicherung im Alter eingegangen.

In keiner Gruppe wurde das Thema „Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren“ angesprochen. Aber dazu war wohl die Zeit zu kurz.

Aus den Notizen geht hervor:

Für keinesfalls alle Diskussionsteilnehmerinnen ist das Rentenalter – der Ausstieg aus der Erwerbsarbeit der ersehnte Ruhe-Stand. Viele fühlen sich fit genug auch jenseits des Renteneintritts weiter erwerbstätig zu sein. Auch die geringe Rente ist ein Grund für Erwerbsarbeit im Rentenalter. Es mangelt offenbar an Möglichkeiten: Gibt es (überhaupt) Stellen für Frauen über 60?

Hilfreich wäre eine Jobbörse für Ältere.

Rente und Erwerbsarbeit

Sinnvoll wäre mehr Information zur Möglichkeit der Teilrente, Vorteil: sanfter Ausstieg aus der Erwerbsarbeit. Maximaler Zuverdienst vorgegeben von Dt. Rentenversicherung. Etliche Fragen dazu: Für Teilrente Abzüge, nicht für restliche Rente ??

Minijob im Rentenalter:

Problematisch ist, dass der Arbeitgeber Rentenversicherungsbeiträge zahlt ohne dass die Arbeitnehmerin davon profitiert.

Renten - Information

Wichtig ist sich rechtzeitig über Rente/ Abzüge etc., erkundigen.

Frauen sollten bei der Info über Rente nicht allein unterwegs sein.

Bildungsträger sollten das Thema aufnehmen.

Weitere Stichworte

Mütterrente

Bei Grundsicherung (ca 800,-Euro) kein (Kaum?) Zuverdienst erlaubt.

Abzug von kompletter Sozialversicherung bei Auszahlung von Direktversicherung in Höhe von 1/6.

Ein Rat: Das Leben selbst in die Hand nehmen.

WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ... WEITERE INFOS

Gender Pension Gap

Altersarmut droht Frauen

Die eigenständigen Altersrenten von Rentnerinnen, die bereits vor 2011 eine Rentenleistung bezogen, betrugen zum Jahresende 2011 im Durchschnitt 495 Euro in den alten und 711 Euro in den neuen Bundesländern. Die eigenständige Altersrente von westdeutschen Männern betrug das Doppelte (987 Euro). Die Schichtung der Rentenzahlungen verdeutlicht den erheblichen Gender Pension Gap in der Alterssicherungssituation sowie die regionalen Unterschiede zwischen Ost und West.

Bei 77,3 % der Rentnerinnen in den alten Bundesländern beträgt die Rente weniger als 750 Euro.¹

¹ Quelle: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2013

2011 hatten Frauen im Rentenalter durchschnittlich 27 Versicherungsjahre erreicht (Männer: 40,2 Jahre), pro Versicherungsjahr erreichten sie durchschnittlich 0,77 Entgeltpunkte (Männer: 1,01)

Prognose: Immer weniger Menschen vorzeitig in Rente

Grund: sinkendes Rentenniveau, Rentenabschläge und Erhöhung der Regelaltersgrenze.

Versicherte, die eine Altersrente vor Beginn der Regelaltersgrenze beziehen, müssen sog. versicherungstechnische Rentenabschläge in Kauf nehmen. Diese Abschläge belaufen sich auf 0,3% der Rente je vorgezogenen Monat, was einer Rentenminderung von 3,6 % je Jahr entspricht. Durch die Erhöhung der Regelaltersgrenze erhöhen sich die Abschläge auf bis zu 14,4 %.

2012 betrafen diese Abschläge in den alten Bundesländern 34,5 % der Frauen (37,0 % der Männer). Frauen sind durchschnittlich 30,2 Monate früher in Rente gegangen, haben also eine durchschnittliche Rentenminderung von rd. 9 %. 2011 lag der Anteil der Personen, die vorzeitig in Rente gingen (mit entsprechenden Abschlägen) noch wesentlich höher, eine Auswirkung der 2012 einsetzenden schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze.

Rentenzugangsst Statistik:²

Bezug einer Altersrente immer später

Das durchschnittliche Zugangsalter lag bundesweit im Jahr 2012 bei 64 Jahren (Männer) bzw. 63,9 Jahren (Frauen). 1997/1998 bezogen Männer (62,0 Jahre) bzw. Frauen (62,2 Jahre) die Altersrente rd. zwei Jahre früher. Vom Altersjahrgang 1947 gingen die Frauen mit durchschnittlich 63,2 Jahren in Rente, die Männer mit durchschnittlich 63,4 Jahren. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter wegen Alters und wegen verminderter Erwerbsfähigkeit steigt ebenfalls: es lag bei Frauen mit 61,2 Jahren sogar höher als bei Männern (61 Jahren).

Das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg Essen stellt in www.sozialpolitik-aktuell.de fest:

„Hinter dieser Entwicklung steht, dass in den zurückliegenden Jahren die Möglichkeiten eines vorzeitigen Bezugs einer Altersrente zunehmend eingeschränkt und durch die Einführung von Rentenabschlägen „verteuert“ worden sind. (...) Ausnahmen von der Regelaltersgrenze gibt es seitdem nur noch für Schwerbehinderte und langjährig Versicherte (...). Ein nahtloser Übergang von einer (verlängerten) versicherungspflichtigen Beschäftigung zum (herausgeschobenen) Bezug einer Altersrente gelingt nur einem Teil Versicherten. Für die anderen erfolgt der Berufsaustritt weit früher und ist dann mit Phasen von (Langzeit)Arbeitslosigkeit, Nicht-Erwerbstätigkeit oder Altersteilzeit verbunden.“

² aus: www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Alter-Rente/ Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg

Fragen und Antworten zur Mütterrente unter:

www.deutsche-rentenversicherung.de - Beispiele

Auswirkung der Mütterrente auf die Rentenhöhe?

Antwort: Bei einem Rentenbeginn vor dem 1. Juli 2014 wird die Rente für jedes vor 1992 geborene Kind pauschal um einen zusätzlichen Entgeltpunkt erhöht. Dies entspricht derzeit einer Erhöhung von 28,14 Euro im Westen und 25,74 Euro im Osten. Durch die Renten Anpassung zum 1. Juli 2014 werden sich die Beträge voraussichtlich auf 28,61 Euro im Westen und 26,39 Euro im Osten erhöhen.

Nachzahlung für vergangene Jahre?

Antwort: Die Erhöhung ist für die Zeit ab 1. Juli 2014 vorgesehen. Rentennachzahlungen für Zeiträume vor dem 1. Juli 2014 wird es nicht geben.

Wird die Mütterrente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet?

Antwort: Ja.

Kann, wer am 1. Juli 2014 im Rentenalter ist, durch die Mütterrente erstmals einen Rentenanspruch erwerben?

Antwort: Ja, zum 1. Juli 2014 kann erstmals ein Anspruch auf Regelaltersrente entstehen. Für die Regelaltersrente muss die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren mit Beitragszeiten erfüllt sein. Durch die Mütterrente wird ab 1. Juli 2014 für jedes vor 1992 geborene Kind ein weiteres Jahr Kindererziehungszeit (= Beitragszeit) angerechnet. Wenn Berechtigte hierdurch auf fünf Jahre Beitragszeiten kommen, haben sie ab 1. Juli 2014 Anspruch auf Regelaltersrente. Die Regelaltersrente kann aber nur dann gezahlt werden, wenn sie beantragt wird. Für Rentenbeginn ab Juli 2014 muss der Rentenanspruch bis Ende Oktober 2014 gestellt werden. Bei späterer Beantragung kann sie erst ab dem Monat der Antragstellung gezahlt werden.

Mütterrente brutto oder netto ausgezahlt?

Antwort: Es sind Bruttowerte. Sie unterliegen ggf. einem Abzug von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Besteuerung.

TIPP: Report zur „Einkommenslage älterer Menschen in Baden-Württemberg“

Erstellt von der Familienforschung im Statistischen Landesamt im Auftrag des Sozialministeriums bildet der Report einen weiteren Baustein für den Armuts- und Reichtumsbericht, der 2015 erstmals für Baden-Württemberg erscheinen wird. Problematisch ist die Einkommenslage im Alter insbesondere für ältere Alleinlebende Frauen. Frauen beziehen geringere Altersrenten als Männer, sind häufiger armutsgefährdet – insbesondere wenn sie alleine leben – und beziehen häufiger Leistungen der Grundsicherung im Alter als Männer. Zum Herunterladen unter: www.sm.baden-wuerttemberg.de/

16. Mai 2014 - World-Café:

Vereinbarkeit Care-Aufgaben, Erwerbsarbeit, Ehrenamt, persönliche Interessen Care - Sorgetätigkeiten für Andere

Kumulation von Care-Tätigkeiten von Frauen: Kinder, Enkel, Eltern, Nachbarn ... am Schluss bleibt frau übrig.

Ansatzpunkte

Familiäre Arbeitsteilung

Arbeitsteilung/Struktur der Familie früh partnerschaftlich gestalten.
Care-Aufgaben dürfen nicht automatisch bei den Frauen liegen.

Gesellschaftliche Rollenzuweisung, Anerkennung von Care-Arbeit:

Eigenständige Existenzsicherung von Frauen ist Voraussetzung, dass Frauen im Alter nicht Care-Dienstleistungen machen müssen.
Verteilung von Care-Tätigkeiten in der Familie, öffentlich-privat (zwischen Frauen/Männern und zwischen Generationen) . Privatisierung faktisch kostenloser Frauen-Arbeit
Beispiel Mütterrente: Familienarbeit muss sich stärker in Rente niederschlagen.



Eigene Haltung reflektieren:

Sprachgebrauch reflektieren: Frauen bleiben zuhause > Frauen arbeiten am Ort, wo sie wohnen. Ich gebe meiner frauenspezifischen Tätigkeit einen Wert.
„Versorgt werden“/Bequemlichkeit von Frauen/Attraktivität im Geschlechterverhältnis (Frauen: unbequeme Arbeit den Männern abnehmen).
Dagegen: Forderungen an Frauen (Haus - Carearbeit) schon in jüngerem Alter, weil sich Interessen im Lebenslauf verfestigen > persönliche Interessen.
Neue Konzepte, neue Freiräume unter Frauen schaffen und einfordern

Ehrenamt

Eine biographische Erfahrung ist, dass Frauen erst nach der Berufstätigkeit richtig ins Ehrenamt einsteigen konnten; zuvor blieb dafür keine Zeit.
Vor Ort engagieren sich Frauen leichter als überregional
Vorbild für die nächste Generation sein
Die neuen Großeltern - wie ticken die? (berufstätig oder nicht?)
Land oder Stadt? Welche Ressourcen habe ich?
Voraussetzung ist finanzielle Absicherung bzw. Einkommen fürs Ehrenamt

Persönliche Interessen

Zu Grundhaltungen:

- Selbstfürsorge für mich.
- Man ist für sich selbst verantwortlich.
- Anspruch auf Freiheit > Freiheiten schaffen
- Sich selbst Wertschätzen und sich Freiheiten nehmen.
- Nicht warten > nehmen!

Unterstützung durch Mann

Manuela Rukavina LFR/Vorstand
Gastgeberin berichtet Ergebnisse



WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ... WEITERE INFOS

Statistisches Landesamt :

2009 wurden 162 019 Personen (66 % der Pflegebedürftigen) in Baden-Württemberg zu Hause versorgt, der Großteil ausschließlich durch Angehörige. Die 112 369 von ihren Angehörigen gepflegten Personen verteilten sich auf die Pflegestufen I: 61%, II: 30%, III: 9%

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf – nach wie vor ein vernachlässigtes Thema¹

(...) Insgesamt rund drei Viertel der Hauptpflegepersonen in Privathaushalten mit einer pflegebedürftigen Person fühlen sich durch die Pflegeaufgaben belastet. Sehr stark belastet fühlen sich 29 %, während jede/r Zweite (48 %) die Pflege von Angehörigen als eher stark belastend beschreibt. Eine nicht repräsentative Umfrage zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf aus dem Jahr 2006 zeigt, dass die Pflegebelastung weitestgehend nicht am Arbeitsplatz thematisiert wird. Erwerbstätige, die häusliche Pflege leisten, erhalten nach eigener Aussage überwiegend keine Unterstützung durch die unmittelbare Führungskraft (65 %) oder den Arbeitgeber (46%). Daher überrascht es nicht, dass 63 % der befragten Pflegepersonen einen Konflikt zwischen Beruf und Pflege empfinden.(...)

Mit der Einführung der Pflegezeit besteht ein Rechtsanspruch auf unbezahlte Freistellung für die private Angehörigenpflege von bis zu 6 Monaten in Betrieben ab 15 Beschäftigten. Das Familienpflegezeitgesetz bietet seit 2012 außerdem Möglichkeiten, die Arbeitszeit mit Gehaltsaufstockung im Sinne eines Gehaltszuschusses zu reduzieren. (...) Bislang wurden die gesetzlichen Regelungen zur beruflichen Freistellung aufgrund privater Pflege nur in sehr geringem Umfang wahrgenommen. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in der unzureichenden Kenntnis über die Möglichkeiten und die Anspruchsvoraussetzungen seitens der Pflegepersonen. Allerdings sind es häufig auch finanzielle Gründe sowie die Befürchtung, berufliche Nachteile zu erleiden, die Pflegenden daran hindern, sich für die Pflege freistellen zu lassen oder ihre Arbeitszeit zu reduzieren.

Arbeitsteilung in der Familie: neue Väter schon in Sicht?

„Der sogenannte neue Vater ist ein Zweimonatsvater.“ (ZEIT 28.05.2014) Bundesweit entscheiden sich knapp 80 % der Väter, die in Elternzeit gehen, für die kürzestmögliche Dauer: 2 Monate.

Warum teilen sie die Erziehungszeit so wenig?

Jedenfalls nicht primär, weil Väter in Elternzeit tatsächlich Nachteile bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz erleben. Darauf weisen die (bislang wenigen) Studien hin:

Studie Claudia Wittköpper/Uni Bamberg – von 450 befragten Vätern berichteten 70 % positive Reaktionen ihrer Chefs, 15 % negative, 90 % „die Elternzeit habe keinerlei Konsequenzen für ihre Karriere gehabt“.

Forschungsinstitut Sowitra (Berlin, 2010): 90 % der Väter erlebten die Rückkehr in den Beruf als unproblematisch.

Eine Online-Befragung von 650 Vätern erbrachte Hinweise auf folgende Probleme innerhalb der Kultur vieler Unternehmen: überstarke Präsenzkultur und das Problem der Vertretung. Maßgeblich ist der unmittelbare Vorgesetzte.

Als weitere Ursachen werden in den Angaben der Väter ausgemacht:

- Das Geld: die Partnerin hat das geringere Einkommen, jeder Elternmonat mehr bringt finanzielle Einbußen für die Familie.
- Die Partnerin: sie will 12 Monate Elternzeit nehmen.

Im April und Mai 2014 wurden von „Wunschwäter in Deutschland“⁴¹ 500 Väter und 501 Mütter befragt. Ergebnis: zwei Drittel der Teilzeit arbeitenden Mütter würden gern mehr arbeiten (durchschnittlich 26 Std. pro Woche). 80 % der Väter wären zu Teilzeit bereit (durchschnittlich 34 Std. pro Woche) – unter Bedingungen: jeder 2. nur, wenn er problemlos in Vollzeit zurückkehren kann., jeder 3. nur, wenn kein Karriereknick droht. Quelle: ZEIT.de (28.05.2014)

¹ durchgeführt von Vätern gGmbH, nach eigener Darstellung eine gemeinnützige Unternehmensberatung mit Sitz in Hamburg, die durch Volker Baisch gegründet wurde. Vision: eine „Welt, in der sich berufliche Verwirklichung und ein erfülltes Familienleben sowohl für Männer als auch für Frauen nicht länger ausschließen.“ www.vaeter-ggmbh.de

Baden-Württemberg

Elterngeldbezug von Vätern von in 2011 geborenen Kindern:

Anteil der Väter die Elterngeld bezogen haben: Landesdurchschnitt: 29,8 %. Höchster Anteil im Kreis Ravensburg 37,4 % niedrigster Anteil im Kreis Lörrach 18 % Durchschnittlicher Elterngeldanspruch von Vätern, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren Landesdurchschnitt BW:1303 Euro (niedrigster: Stadt Pforzheim 1 226 Euro, höchster LK Böblingen 1 389 Euro) Durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes bei Vätern in BW: 81,2 % der Väter nahmen lediglich zwei Monate in Anspruch, 3,7 % 12 Monate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, www.destatis.de

Durch stärkere Beteiligung der Väter können egalitäre Strukturen entstehen - aber auch dauerhaft neue Konflikte.

Warum fallen Frauen und Männer immer noch in alte Rollen zurück, wenn ihr erstes Kind geboren wird? fragte die ZEIT (28.05.2014) Dr. Michael Meuser, Professor für Soziologie der Geschlechterverhältnisse TU Dortmund Meuser: „Die Paare sind gefangen in jahrhundertealten Vorstellungen, was Weiblichkeit und was Männlichkeit ausmacht. Und sie spüren diese Erwartungen in ihrer Umwelt. Deshalb können sie relativ reibungslos in alte Muster zurückkehren, auch wenn sie früher ein anderes Ideal angestrebt haben. (...)

ZEIT: Viel Mütter wollen also gar nicht, dass die Väter sich stärker einbringen? Meuser: „Frauen schätzen dieses Engagement - durchgängig. Aber wenn Väter sich ernsthaft an der Kinderbetreuung beteiligen, wollen sie eben auch mitbestimmen. Das können Frauen als Bedrohung erfahren. (...)

Zu Milieu und Ost-West-Unterschieden:

Meuser: „In Deutschland haben wir im Osten beobachtet, dass es oft zu pragmatischeren und nachhaltigeren Lösungen kommt als in bürgerlichen Milieus im Westen, wo alles Gegenstand eines Diskurses ist.(...)“

¹ aus Statistisches Monatsheft 10/2013, siehe www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/es-say.asp?xYear=2013&xMonth=10&eNr=01

DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

**16. Mai 2014 - World-Café:
Partizipieren - Engagiert in der Politik, im Ehrenamt**

Die Frauen notierten:

Ehrenamt – Chancen und Gefahren:

- Vorsicht Ehrenamt! Da werden wir oft ausgenutzt!!
- Ehrenamt bringt mir mehr als ich geben muss.

Grenzen setzen:

- Ehrenamt soll nicht das verlängerte Arbeitsleben sein.
- Einsatz darf nicht täglich sein, Regelmäßigkeit muss durchbrochen werden können.
- Individuelle Lebensgestaltung muss möglich sein.
- Männer mehr in die Verantwortung nehmen! – selber mehr in Verantwortung gehen.



Alter bringt neue Chancen:

- Mehr Zeit! Positiv für Ehrenamt und Politik.
- Lebenserfahrung beruhigt, relaxt.
- Ich rege mich nicht auf, ich will keine Energie aufwenden.
- Ich bin viel offener und mutiger.
- Mut zur Politik! Wir können das Auch!
- Politik als Lernfeld: Durchzuhalten, Konflikte auszutragen.
- Ehrenamt bietet Chance für neue soziale Kontakte.

Auch Grenzen werden sichtbar:

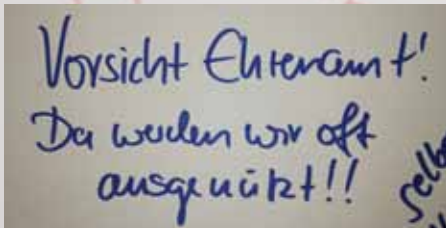
- Will ernst genommen werden!
- Ohne Erfahrung ist Neueinstieg schwierig.
- Wir haben nicht gelernt zu konkurrieren.
- Sowohl junge als auch ältere Frauen treffen auf männerdominierte Strukturen – keine primäre Frage des Alters.

Über Angebote für Engagement:

- Ehrenamt kommt auf mich zu, ich muss nur zugreifen.
- Mitarbeit im richtigen Forum (z.B. Seniorenrat) vorstellbar.
- Viele Angebote sind uninteressant, das sie mich allein im „stillen Kämmerlein“ beschäftigen, obwohl ich gerne Kontakt haben möchte.

Weitere Notizen:

- Wenn mir Mißstände auffallen, wende ich mich an entsprechende Stellen.
- Ich gehe gerne auch raus, da ich ganz alleine bin.



Marie-Luise Linckh, Zweite Vorsitzende – Gastgeberin dieses Thementisches, berichtet Ergebnisse.

DOKUMENTATION: WIE WIR SELBSTBESTIMMT ALTERN ...

16. Mai 2014 - World-Café:

Partizipieren – an Bildung und Kultur

Gastgeberin Bärbel Mauch/
DGB-Frauen zum World-Café:

Mein Eindruck war, dass sich sehr engagierte und informierte Frauen zu diesem Thema im world café beteiligt haben. Persönliche Erfahrungen, aber auch Beobachtungen führten zu den Beiträgen. In der ersten Runde kamen ganz konkrete Wünsche und Fragen, also wie informiere ich, wo gibt es Unterstützung/Ermäßigungen usw. Danach ging die Diskussion mehr um die unterschiedlichen Bedürfnisse unterschiedlicher alter und älterer Frauen: Seniorentreffs sind für „richtig alte“ Menschen, jüngere wollen nicht immer nur über Gebrechen und Arztbesuche reden. Andererseits der Wunsch, mehr über das Wissen und die Lebenserfahrungen der „Alten“ erfahren zu können, als Schatz für die Nachwelt. Gut fand ich, dass wir in der Diskussion nicht nur Missstände beklagt, sondern uns auch gegenseitig auf bereits bestehende Angebote hingewiesen haben. Ein paar Frauen haben auch mehr Eigeninitiative gefordert. Die ganz praktischen Forderungen nach einem Frauenkalender oder nach organisierten Mitfahrgelegenheiten zu Theater- oder Konzertaufführungen sind natürlich hilfreich, wenn es um die praktische Umsetzung innerhalb der Seniorenarbeit geht.



Bedürfnisse und vielfältige Interessen sind vorhanden:

„Im Alter bleibt die Vielfalt der Interessen bestehen. Auch in Hinblick auf ihre kulturellen Interessen muss von einer Vielfalt ausgegangen werden, nicht pauschal ein für allen Alten gleiches Interesse angenommen werden. Nutzen: ... Führt zu sozialen Kontakten, hält geistig fit und zögert das Altern hinaus.

Als Hürden zur Partizipation an Kultur und Bildung nennen die Schreiberinnen:

Zu hohe Kosten bei kulturellen Veranstaltungen,
Zugangshürden zu Informationen über kostengünstige oder kostenfreie Angebote
Vorschläge, wie sich diese Hürden senken lassen:

- Ermäßigung bei Kulturveranstaltungen für Rentner
- Wo es welche (preisgünstigen) Veranstaltungen für Frauen gibt könnte in

einer Infobroschüre, einem „Frauenkalender“ oder im Amtsblatt der Kommune stehen.

Unzureichende Verkehrsmittel/Mobilitätsprobleme – besonders gravierend auf dem Land.

„Ich liebe Theater, doch wer fährt mich hin, wenn meine Augen nachlassen?“ Eine Fahrgelegenheiten-Börse könnte Fahrmöglichkeiten zum und vom Theater organisieren helfen.

Fehlende/unzureichende/nicht zielgruppen-gerechte Angebote:

Für „Neurentnerinnen“ sind die Gruppenangebote/Seniorenclubs für Hochbetagte oftmals nicht ansprechend.

„Ich möchte auch mit 85 Jahren noch tanzen – doch wo?“

Selbst in der Stadt ein Problem, in Tanzcafés, eher nur noch privat möglich.

Generationenübergreifende Bildungsangebote: z.B. gegenseitige Lernunterstützung am PC

Zugänge zu jüngeren Pflegebedürftigen in den Pflegeheimen aktiv suchen.

Ältere sind nicht nur Kulturkonsumenten, sondern auch Kulturvermittler! Ihr Wissen, ihre Erfahrung, ihre Kompetenzen sollten stärker abgefragt und in Angebote einbezogen werden. Vorgeschlagen werden Integrationsprojekte um den „Kulturschatz“ der Älteren weiterzugeben, z.B. politisch-historische/Ältere als Zeitzeugen oder Erzählcafés „Als ich 21 Jahre alt war“



Bärbel Mauch berichtet Ergebnisse.

16. Mai 2014 - World-Café:

**Nicht unsichtbar werden -
Altersbilder, Körper, Sinnlichkeit
und Verstand**

Zu den Notizen der Frauen:

Wir müssen uns neu „erfinden“.

Diese Aussage findet sich sinngemäß gleich mehrfach.

Begründet wird dies sehr unterschiedlich.

Alte Rollen passen nicht mehr. Was Mutter oder Oma dargestellt/ getan hat oder wie sie lebte, passt nicht mehr. Das Rollenmodell der Frau, die zu Hause bleibt und die Kinder versorgt, trifft nur für einen Teil der Frauen zu.

Andere Schreiberinnen wiederum legen nahe, dass die Mütter Vorbilder des Alterns sein könnten. Die Generationentrennung verhindere die positive Vorbildfunktion die nachfolgende Generationen. „In der Großfamilie war Alter präsent. Jetzt ist Altsein das Andere, das Fremde.“

Anerkennung überspringt eine Generation, stellt eine andere Schreiberin fest. Suchen wir also eher Vorbilder in der Großmuttergeneration?

Während eine weitere für diese Kriegs- und Nachkriegsgeneration einen besonderen historisch/biografisch bedingten Bedarf feststellt: es gelte, sich bewusst zu machen, dass deren Krankheiten mit den damaligen Ängsten dieser Elterngeneration zu tun haben, Hilfen zum sinnvollen Umgang damit seien zu erarbeiten und anzubieten.



**Das Altern verlangt einen neuen
Emanzipationsprozess.**

- Um das eigene Alter und seine Begleiterscheinungen zu akzeptieren
- Um selbstbewusst aufzutreten, nicht mehr unter zu tauchen
- Um als Frau Frauen gegenüber mehr Toleranz aufzubringen

Dazu bedarf es auch der Selbstreflexion und der Selbstkontrolle:

„Sich selbst kontrollieren wie frau über ältere Frauen spricht und denkt. Altern wird in der Sprache mangelorientiert beschrieben, z.B.: die Alten sind nicht „internetfähig“ anstatt: das Internet passt nicht für Alte
Zum neuen Altersbild gehört: Lebenslang Kompetenzen weiter zu entwickeln (digital, Sport, Studium)

Wo sind die VOR-BILDER?

fragen einige.

Andere sehen sie schon oder sehen sie kommen.

„Ich möchte mehr grauhaarige Frauen in den Medien sehen“.

„68-er an die Front“.

Werden die gealterten Frauen der Generation 68 Rolemodels entwickeln, gar dazu beitragen, den „Jugendwahn“ abzuschaffen? Wird die späte Mutterschaft von zunehmend mehr Frauen zu neuen gesellschaftliche Bildern für Frauen über 60 führen und zu Grenzverschiebungen?

Erotik und Sinnlichkeit

im Schreibgespräch:

Ältere Frauen werden meist als unerotisch dargestellt (Omas).

Fühlen wir uns denn erotisch?

Erotik wird abgesprochen.

Frauen nehmen sich nicht so wichtig!

Prof. Dr. Ute Mackenstedt, Verband baden-württembergischer Wissenschaftlerinnen, Gastgeberin dieses Thementisches berichtet.



Aufgespießt - Eine Stichprobe

Stuttgarter Wochenblatt 21.05.2014 – Sonderveröffentlichung

„Aktion Wonnemonat Mai“

Auch Partnerschaftssuche-Kleinanzerigen bringen es an den Tag: Frauen und Männer suchen meistens wohl zu verschiedenes um sich zu finden.

100 Männer in der Rubrik „ER sucht SIE“ geben sich als 60 + zu erkennen:

Äußerliche körperliche Merkmale (vorzugsweise „schlank“) werden von über 20 % der Männern ausdrücklich gewünscht.

Auch jüngere Frauen werden mehrfach – von 11 Männern – ausdrücklich gewünscht,

Bei den Frauen in der Rubrik „SIE sucht IHN“ lassen 97 ein Alter von 60 Jahren und mehr durchblicken.

Gesucht wird von ihnen vor allem der Mann mit „Humor“ und/oder mit „Niveau“/„Bildung“.

Erwartungen an äußerliche körperliche Attribute werden von den suchenden Frauen ab 60 Jahre nur zweimal dezidiert genannt („Schl., o. Glatze“; kein „Opa“-Typ). Eine Rolle spielt hingegen die „gepflegte“ Erscheinung und die körperliche Beweglichkeit sowie Unternehmungslust. Und die finanzielle Lage (geordnete finanzielle Verhältnisse, gut situiert,)

Europäisches Parlament: ambitioniert genug, um Prostitution aktiv zu bekämpfen ...

Das Europäische Parlament hat im Februar 2014 mehrheitlich eine Resolution verabschiedet: Nicht nur Zwangsprostitution, sondern auch freiwillige sexuelle Dienstleistungen gegen Bezahlung verletzen die Menschenrechte und die Würde des Menschen. Die EU-Staaten sollen die Nachfrage nach Prostitution eindämmen, indem sie die Freier bestrafen und nicht die Prostituierten.

Das Parlament fordert die Mitgliedstaaten auf, Ausstiegsstrategien für Prostituierte zu entwickeln, indem zum Beispiel alternative Einnahmequellen für Frauen gefunden werden, die einen Ausweg aus der Prostitution suchen.

Mary Honeyball (UK), die die Resolution entworfen hat sagte dazu:

"Statt der Legalisierung, die in den Niederlanden und Deutschland zu einem Desaster geführt hat, brauchen wir einen nuancierten Ansatz, der die Männer bestraft, die die Körper der Frauen als Gebrauchsgegenstand behandeln, ohne dabei diejenigen zu bestrafen, die in die Sexarbeit abgeglitten sind".

"Wir senden ein starkes Signal: Das Europäische Parlament ist ambitioniert genug, um Prostitution aktiv zu bekämpfen, anstatt sie einfach als unumgängliche Realität zu akzeptieren."

Hoffungsvolle Erfahrungen in Schweden

Bei einer Fachtagung mit schwedischen und deutschen ExpertInnen im März 2014¹ in den nordischen Botschaften in Berlin wurde von den schwedischen ExpertInnen zur schwedischen Gesetzgebung bilanziert:

- Das Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen hat die Straßenprostitution halbiert und Schweden zu einem unattraktiven Markt für den internationalen Menschenhandel gemacht.
- Das Gesetz hat die Haltung der schwedischen Bevölkerung beeinflusst: 70 % unterstützen inzwischen die im Gesetz verankerte Kriminalisierung des Sexkäufer.
- Das Verbot erleichtert die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft: die Auskunftsbereitschaft der betroffenen Frauen sei gestiegen, seit sie als Opfer und nicht als Täter gelten.

¹ Quelle: www.swedenabroad.com

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE PROSTITUTION

Wie geht es weiter in Deutschland?

Ein unterschiedliches Bild in einzelnen Bundesländern und auf der Bundesbene.

Baden-Württemberg:

Frauenministerin Katrin Altpeter geht mutig voran für Freierbestrafung.

Ministerin Altpeter sagte der Nachrichtenagentur dpa im Juni 2014. „Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken, das den Respekt für die Würde der Frauen wieder in den Mittelpunkt rückt. Es gehört sich einfach nicht, dass man sich für 20 Euro mal eben Sex kauft oder für 3 Euro eine Frau im Internet ersteigert.“ Sie bekräftigte ihre Forderung nach einem Prostitutionsverbot nach schwedischem Vorbild mit der Bestrafung der Freier. Da es dafür in Deutschland noch keine Mehrheit gebe, müsse Prostitution möglichst weitreichend reguliert werden. „Dafür setze ich mich mit ganzer Kraft ein“, fügte Altpeter hinzu.¹

In seiner Antwort auf einen Antrag der CDU-Landtagsabgeordneten Friedlinde Gurr-Hirsch MdL u.a. zu „Zuhälterei und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in Baden-Württemberg und Europa“ (LT-Drucksache 15/4646) ging das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Seniorenministerium Baden-Württemberg im Einvernehmen mit dem Innenministerium auch auf seine Bemühungen in Richtung Bundesebene ein.

Auf die Fragen

„ob und gegebenenfalls inwiefern sie (die Landesregierung, Anm. d. Red.) darauf hinwirkt, dass zukünftig auch gegen diejenigen, die wissentlich die Zwangslage der Opfer von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung ausnutzen und diese zu sexuellen Handlungen missbrauchen, vorgegangen wird;

inwiefern und ggf. wie sie im Bundesrat darauf hinwirken möchte, die Prostitution generell zu verbieten und wie sie gewährleisten will, dass die Prostitution dadurch nicht in die Illegalität abwandert;“

legt das Frauenministerium dar:

„Bereits im Jahr 2012 hat sich Baden-Württemberg auf der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) für einen Antrag eingesetzt, mit dem die Bundesregierung gebeten werden sollte, einen eigenen Straftatbestand für Freier zu schaffen, die wissentlich Dienste von Menschenhandelsopfern in Anspruch nehmen. Nach geltendem Recht bleibt der Freier nämlich in den meisten Fällen straffrei. Seine Bestrafung gem. § 177 StGB (sexuelle Nötigung, Vergewaltigung) kommt nur in einzelnen Ausnahmefällen in Betracht, da die Nötigung meist nicht vom Freier, sondern vom Menschenhändler ausgeht. Nun wäre aber Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ohne entsprechende Nachfrage kein lukratives Geschäft.

Daher ist die Bestrafung von Freiern, die wissentlich Dienste von Menschenhandelsopfern in Anspruch nehmen, ein weiteres wichtiges Element einer wirkungsvollen Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie zur Verhinderung von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung – neben der konsequenten Verfolgung und Bestrafung der Täter und Hilfsangeboten für die Opfer. Denn einem Freier tatsächlich die Kenntnis über die Zwangslage einer Prostituierten nachzuweisen, ist in der praktischen Umsetzung nur schwer zu erreichen. So bedarf es im Hinblick auf eine mögliche Strafbarkeit von Freiern eindeutiger und objektiver Kriterien, die dem Freier ermöglichen, die strafrechtliche Relevanz seines Handelns zu erkennen.

Der GFMK-Antrag zu dieser Freierbestrafung fand jedoch auf der GFMK-Konferenz knapp keine Mehrheit. Allerdings heißt es nunmehr im Bundeskoalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD: „Wir werden nicht nur gegen die Menschenhändler, sondern auch gegen diejenigen, die wissentlich und willentlich die Zwangslage der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausnutzen und diese zu sexuellen Handlungen missbrauchen, vorgehen“. Die Umsetzung dieser Aussage wird die Landesregierung im Blick behalten und gegebenenfalls über den Bundesrat korrigierend eingreifen.

Darüber hinaus hat Frau Ministerin Altpeter MdL wiederholt öffentlich dargelegt, dass es an der Zeit sei, über ein Prostitutionsverbot nach schwedischem Vorbild nachzudenken.

Forts. S. 39

¹ www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Sozialministerin-Altpeter-fordert-Umdenken-bei-Prostitution;art1157835,2647938

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE PROSTITUTION

Baden-Württemberg

Dabei würden nur die Freier, nicht aber die Prostituierten bestraft.

Auch das Europäische Parlament, das sich am 26. Februar 2014 mit dem Thema Prostitution befasst hat, spricht sich mehrheitlich für diesen Weg aus.

„Die EU-Staaten sollen die Nachfrage nach Prostitution eindämmen, indem sie die Freier bestrafen und nicht die Prostituierten“, fordert das Europäische Parlament in einer nicht bindenden Resolution. Dort heißt es weiter: „Die meisten Abgeordneten glauben, dass einer der besten Wege, Prostitution und Frauen- bzw. Mädchenhandel zu bekämpfen, das sogenannte nordische Modell ist, das in Schweden, Island und Norwegen angewendet wird. Es sieht Prostitution als eine Verletzung der Menschenrechte und als eine Form von Gewalt gegen Frauen. Es kriminalisiert diejenigen, die für Sex bezahlen, und nicht die, die ihn verkaufen. Die Abgeordneten rufen die Mitgliedstaaten dazu auf, dem nordischen Modell zu folgen.“ Die Sozialministerin führt derzeit zahlreiche Gespräche, um für diesen Weg zu werben.²

Zur Aufforderung an die Landesregierung, „sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode getroffenen Vereinbarungen zu den Themen Menschenhandel und Prostitutionsstätten zeitnah umgesetzt werden.“

erklärt Ministerin Altpeter in ihrer Antwort: „Die Landesregierung wird sich für eine effektive Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und für eine massive Eindämmung der Prostitution einsetzen; dabei wird Frau Ministerin Altpeter MdL auch weiterhin für den Vorschlag des Europäischen Parlaments werben, den schwedischen Weg zu verfolgen.“

² Landtagsdrucksache: www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/4000/15_4646_D.pdf

Im Saarland kündigte Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) verschärfte Regelungen für Freier an.

Material: Kofra 148 - Zeitschrift für Feminismus und Arbeit Ausgabe April/Mai 2014: Zur Realität in der Prostitution

Die Herausgeberin, das Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation/München setzt sich für das Schwedische Modell ein. In Planung ist u.a. ein internationaler Vernetzungskongress im Dez. 2014 in München.
Kontakt: kofra-muenchen@t-online.de

Bundesregierung: Stillstand?

Ist es auf Bundesebene schon als Fortschritt zu werten, dass eine Freierbestrafung überhaupt in Erwägung gezogen wird? Immerhin enthielt der Interfraktionelle Fragenkatalog für die Öffentliche Anhörung "Menschenhandel und Zwangsprostitution in Europa" des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am 21. Mai 2014 auch folgende Fragen:

- Welche Rolle spielen die Freier in der Strafverfolgung von Tätern in Menschenhandelsverfahren und Zwangsprostitution und wie könnte sich eine Freierbestrafung auf diese Rolle auswirken?
- Welche Auswirkungen hätte ein generelles Prostitutionsverbot auf die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution?

Bei dieser Anhörung ging es auch um den Handlungsbedarf zur Umsetzung der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel

Ergebnis: Die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution sollen besser geschützt und die kriminellen Hintermänner stärker verfolgt werden. Darüber herrschte große Einigkeit unter den Sachverständigen am Mittwoch, 21. Mai 2014, im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe unter Vorsitz von Michael Brand (CDU/CSU). Laut Eigenbericht des Bundestages³ sprachen sich die geladenen Sachverständigen überwiegend gegen eine Freierbestrafung aus.

Aus den Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion⁴ schlussfolgert der Tagesspiegel (Berlin)⁵ am 9. Juni 2014:

Die Bundesregierung hat offenbar Schwierigkeiten, das Prostitutionsgesetz zu verschärfen.

„(...) Aus den Antworten des Familienministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen geht hervor, dass es für einige der diskutierten Vorhaben entweder keine Daten gibt, der Bund gar nicht zuständig ist oder aber das Ministerium selbst keinen Reformbedarf sieht.

Im Brief der Parlamentarischen Staatssekretärin Elke Ferner (SPD) heißt es etwa zur Frage der Anmeldepflicht für Bordelle, es sei „noch keine Festlegung getroffen“. Auch ob eine Altersgrenze für legale Prostitution eingeführt werden solle, „steht noch nicht fest“. Auf die Frage nach mehr Personal für Behörden, die prüfen sollen, ob Sexarbeiterinnen Opfer von Menschenhandel sind, verneint die Bundesregierung ihre Zuständigkeit. (...)“

³ siehe: www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/50131597_kw20_pa_menschenrechte/216650

⁴ Drucksache 18/1512 - siehe unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/015/1801512.pdf>

⁵ www.tagesspiegel.de/politik/prostitutionsgesetz-in-deutschland-guetesiegel-fuer-puffs-anschaffen-erst-ab-21-die-regierung-wird-kleinlaut/10009704.html

Frauenorganisationen für das Schwedische Modell

TERRE DES FEMMES

Einen Positionenwechsel gibt es seit März 2014 bei TERRE DES FEMMES (TDF), dazu berichtet TDF: Beim Vereinstreffen zum Thema Prostitution in Berlin wurde kontrovers über mögliche Positionen und damit einhergehende Forderungen mit Blick auf Prostitution diskutiert. Es wurde über drei Arbeitspapiere abgestimmt.

Eine Mehrheit der teilnehmenden Mitfrauen stimmte schließlich für das Arbeitspapier Nr.I und damit für die Forderung nach einem Sexkaufverbot.

SOLWODI⁶

(SOLidarity with WOMen in DIstress / Solidarität mit Frauen in Not)

Solwodi setzt sich für die Ächtung der Prostitution und für die Einführung des schwedischen Modells ein.

Zur Arbeit von Solwodi und zu den Forderungen an die Bundesregierung siehe: www.solwodi.de

Aktuelle Petition unter: <https://www.change.org/de/Petitionen/an-die-bundesregierung-von-deutschland-der-kauf-sexueller-dienstleistungen-in-deutschland-muss-gesetzlich-verboten-werden>

⁶ Zu den Arbeitsschwerpunkten des 1985 von Sr. Lea Ackermann gegründeten Vereins gehören psychosoziale Betreuung, Vermittlung juristischer Hilfe, Unterbringung und Betreuung in Schutzwohnungen, Integrationshilfen und ggf. auch Rückkehrberatung.



Laut UNO werden jährlich 150 Millionen Frauen und Mädchen und 70 Millionen Männer und Jungen in Konflikten vergewaltigt, allein im Bosnien-Krieg bis zu 50.000 Frauen.

Nur wenige Dutzend Täter wurden verurteilt. Im Jahr 2000 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 1325, mit der Konfliktparteien aufgefordert werden, Frauenrechte zu achten.

Was hat diese Resolution bewirkt?, lautete eine zentrale Frage des Gipfels

Initiiert von dem britischen Außenministers William Hague und der Hollywood-Schauspielerin und UNO-Sonderbotschafterin Angelina Jolie fand vom 10. bis 13. Juni 2014 in London der erste Gipfel zum Thema "End Sexual Violence in Conflict" statt.

VertreterInnen von 148 Regierungen, multilateralen Akteuren und nichtstaatlichen Organisationen berieten darüber, wie sexualisierte Gewalt in Krisen und Konfliktgebieten beendet werden kann.

Monika Hauser, Gründerin von medica mondiale, würdigte vor dem Globalen Gipfel dieses Treffen als „ein historisches Ereignis im Kampf gegen sexualisierte Gewalt an Frauen und Mädchen.“¹

Auch medica mondiale nahm teil an ExpertInnentreffen und politischen Gesprächen. Außerdem stellte sie im zivilgesellschaftlichen Forum am 11. Juni 2014 ihren trauma-sensiblen Ansatz vor.

medica mondiale blickt zurück auf mehr als 20 Jahre Erfahrung in der Arbeit mit Überlebenden sexualisierter Kriegsgewalt. „Es ist an der Zeit, es nicht mehr bei politischen Absichtserklärungen zu belassen, sondern konkret zu handeln“, so Hauser. Sie empfiehlt den Beteiligten des Gipfels

– Die Anwendung eines trauma-sensiblen Ansatzes in der Arbeit mit Überlebenden, beispielsweise in der psycho-

Erster Globaler Gipfel gegen sexualisierte Kriegsgewalt

- sozialen Beratung, der medizinischen Versorgung und der Rechtsberatung,
- Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit vor, während und nach Konflikten als Voraussetzung für ein gewaltfreies Miteinander der Geschlechter,
- Die langfristige Finanzierung von ganzheitlichen Programmen für die direkte Unterstützung von Überlebenden.

Straflosigkeit eines der größten Probleme

In einem Interview des Deutschland Radio Kultur am 10.06.2014² erläuterte Monika Hauser, Straflosigkeit sei eines der größten Probleme – am Beispiel des Kongo:

„Und was das besonders Schwierige ist im Osten des Kongos, dass wir ja nun trotz verschiedener Friedensschlüsse immer noch, immer wieder neue militärische Wellen haben, die über die Dörfer schwappen, und jedes Mal wieder neu sexualisierte Gewalt von den diversen Tätern und Gruppierungen ausgeübt wird und tatsächlich auch letztendlich die absolute Straflosigkeit, die ja eines unserer größten Probleme ist, diese Straflosigkeit auch viele Männer dazu einlädt, sich Rebellen anzuschließen, weil sie eben über diese Rebellengruppen straflos vergewaltigen können.“

(...) was natürlich dann wieder ein vergrößertes Sicherheitsproblem für diese Regionen ist.

(...) Regierungen bestrafen die Täter nicht tatsächlich für das, was sie tun, und selbst, wenn Männer verhaftet werden, wir haben größte Armut in diesen Regionen. Das heißt, für 20 Dollar kann sich jeder Täter vom Richter, vom Polizeichef wieder freikaufen, er kann, wenn die Familie angezeigt hat, sich bei der Familie für ein paar Dollar freikaufen, sodass die Familien oft die Anzeige wieder zurückziehen.

Das heißt, Korruption, Armut und ein völlig mangelndes Bewusstsein, gesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass sexualisierte Gewalt ein schweres Verbrechen ist, diese Faktoren kommen immer wieder zusammen. Und natürlich auch, dass mit Kriegen gerade in dieser Region Gelder gemacht werden, in denen Meinen erobert werden, in denen Dörfer erobert werden, wo dann wieder extreme Gewalt ausgeübt wird. Diese Dinge gehören leider alle zusammen.“

Warum es so schwer ist, Opfern sexualisierter Gewalt Gerechtigkeit zu verschaffen berichtet „Aus der Werkstatt eines Anwalts und Menschenrechtlers“ Wolfgang Kaleck, Rechtsanwalt und Generalsekretär des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) am 12. Juni 2014 in Zeit-Online:

„(...) Und wenn es schon schwierig ist, selbst im Zeitalter internationaler Menschenrechtsverträge und des Internationalen Strafgerichtshof, die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen, so tun sich bei sexualisierter Gewalt zumeist noch größere Hindernisse in der Strafverfolgung auf.

Uns allen fehlen oft der Blick und das Problembewusstsein dafür. Befreundete, fürwahr engagierte Menschenrechtler berichten etwa aus ihrem Alltag, dass es angesichts der massenhaften Gewalt mitunter einfacher sei, ja gar nicht anders möglich, als erst einmal die Toten zu zählen und die Leichen zu identifizieren, um irgendwo anzufragen. So kommen sie in ihrer Arbeit nicht dazu, mit den oft traumatisierten Opfern dieser so lange nachwirkenden körperlichen und psychischen Drangsalierung zu sprechen, ihre Leiden aufzuzeichnen und gemeinsam mit ihnen zu versuchen, die Täter strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. (...).“

Kaleck sieht den Weltgipfel ebenfalls als überfälligen Schritt in die richtige Richtung.

Zum **Ergebnis der Konferenz** – dem verabschiedeten Protokoll – sagte der britische Außenminister Hague, er hoffe, dass es eine zentrale Rolle darin spielen werde, die Kultur der Straflosigkeit bei sexueller Gewalt zu beenden.

In der (englisch-sprachigen) Zusammenfassung der Gipfelergebnisse³ wird Handlungsbedarf in vier Schlüsselbereichen genannt:

- > Mehr Unterstützung für die Überlebenden sexualisierter Gewalt,
- > Förderung der Geschlechtergleichheit (gender equality) als integrativem Bestandteil aller Friedens- und Sicherheitsbemühungen, einschließlich der Reformen des Sicherheits- und Justizsystems.
- > Mehr Verantwortungsübernahme auf nationalem und internationalem Level für die Einführung internationaler Verpflichtungen und Standards;
- > Mehr internationale Kooperation.

¹ www.medicamondiale.org/was-wir-tun/aktuelles.html

² www.deutschlandradiokultur.de

³ Gesamttext unter: www.gov.uk/government/publications/chairs-summary-global-summit-to-end-sexual-violence-in-conflict/chairs-summary-global-summit-to-end-sexual-violence-in-conflict